

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 419.]

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

[Telephon Nr. 419.]

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße 50, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich **Mk. 1.60.** Monatlich 55 Pfg. Postzeitungsliste Nr. 4069 a, 6. Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 15 Pfg., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 19.

Sonnabend, den 23. Januar 1897.

4. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

Profit und Menschenleben.

Im Reichstag ist jüngst eine Sache verhandelt worden, welche dem Gros der bürgerlichen Presse der Beachtung wenig werth schien, für die Arbeiterwelt aber und zur Beurtheilung der vielgerühmten Humanität unseres kapitalistischen Jahrhunderts von nicht geringer Bedeutung ist.

Beim Etat des Reichsgesundheitsamtes kam die alte Frage der Milzbrandvergiftungen in den Pinselfabriken zur neuerlichen Besprechung, wobei Genosse Brillenberger die geradezu gemeingefährlichen Zustände in dieser Industrie eingehend darlegte und nachdrücklich forderte, daß den fortgesetzten Opfern von Menschenleben endlich einmal durch energische Ausübung des behördlichen Ueberwachungsrechtes, wenn nöthig auch durch Einleitung entsprechender gesetzlicher Vorkehrungen, ein Ende gemacht werde.

Man sollte denken, daß für eine ärztlich geleitete und ausschließlich im Interesse der öffentlichen Gesundheitspflege eingesetzte Behörde keinen Augenblick ein Zweifel darüber bestehen könnte, welche Stellung sie einer solchen Sache gegenüber einzunehmen habe. Daß durch die Verwendung von Thierhaaren in allen Stadien der Beschäftigung mit denselben, vom Augenblick der Entnahme derselben vom todtten Thiere bis zur Benützung der daraus hergestellten Fabrikate durch den Käufer, schwere Gefahren für Gesundheit und Leben entstehen können, ist eine Thatsache, welche alljährlich durch eine größere Anzahl von erkrankten und getödteten Arbeitern außer jeden Zweifel gesetzt ist. Ebenso zweifellos sind aber auch die Mittel bekannt, durch welche dieser schweren Gefährdung der Arbeiter wie der Consumenten sicher vorgebeugt werden kann. Es brauchte nur dafür gesorgt zu werden, daß unbedingt alle Thierhaare vor ihrer Verwendung nach wirksamen Methoden, welche bekannt sind, entgiftet und bei ihrer Verarbeitung alle nöthigen Reinlichkeitsmaßregeln getroffen werden. Aber das geschieht eben bis zur Stunde nicht, bezw. nicht entfernt in ausreichender Weise, so daß die Wirkung gesichert ist.

Von der Freiwilligkeit der Fabrikanten ist natürlich gar nichts zu erwarten. Käme es auf sie an, so würde ja noch nicht einmal das Wenige, was bisher in der Sache erfolgt ist, geschehen sein. Welch ein Lamento haben die Fabrikanten nicht aufgeschlagen, als die Behörden endlich wenigstens für einen Theil des Materials, nämlich das vom Ausland kommende, die Desinfection vorgeschrieben. Die Herren erklärten, die Kosten dieser Maßregel, welche allerdings die ungeheure Summe von 20—50 Pfennig auf hundert Mark Materialwerth betragen, nicht erschwingen zu können. Jetzt behaupten die Fabrikanten eben so steif und fest, daß die Desinfection der Waare die Schönheit nehme, und daß sie deshalb durch die ausländische Concurrenz zu Grunde gehen müßten. Und sie führen die ohnehin schon unzureichenden Sicherungsmaßnahmen widerwillig aus, umgeben die Entgiftung und bringen die Arbeiter durch niedrige Löhne und unzureichende Fabrikeinrichtungen zur Vernachlässigung der nothwendigen Vorsichtsmaßregeln.

Angesichts dieser festgestellten Thatsachen und Angesichts der nicht abnehmenden Fälle von Milzbrandvergiftung sollte ein Reichsgesundheitsamt, das diesen Namen verdienen und seine Aufgabe erfüllen will, schon längst und ohne erst auf die Eingaben der bedrohten Arbeiter und das Drängen der Arbeitervertreter im Reichstage zu warten, von sich aus energische Maßnahmen zur Abstellung eines solchen gemeingefährlichen Zustandes getroffen bezw. veranlaßt haben. Mag man von einem gewissen Standpunkte aus, der natürlich nicht der unsrige ist, in Fällen des diskretionären Ermessens der Behörden, wo das Interesse der Arbeit mit dem Interesse des Kapitals kollidirt, in unserer Zeit der Stumme und Kruppe eine Entschuldigung finden, wenn Polizei und Verwaltung die Wünsche der wirtschaftlichen Gewaltinhaber berücksichtigen, — für die Gesundheitsbehörde müßte doch jede solche Erklärung von Haus aus wegfallen. Denn diese hat keine andere Politik zu treiben, als die des öffentlichen Wohles und der Sicherung der gesundheitlichen Interessen der Massen der arbeitenden und verzehrenden Bevölkerung. Zeigt sich ein sanitärer Schaden von erheblicher Größe und Umfang, sind die

Mittel zu dessen Beseitigung oder Milderung bekannt und liegen dieselben innerhalb des Kreises der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, der heutigen Gesetzgebung und Staatsgewalt, so ist es die Pflicht des Reichsgesundheitsamtes, ohne Zaudern auf die Anwendung dieser Mittel zu dringen. Ob dadurch irgend welche Sonderinteressen der betreffenden Unternehmerschaft oder des Kapitals im Allgemeinen oder einer augenblicklichen Partei-richtung getroffen werden, das hat das Gesundheitsamt gar nicht zu untersuchen. Mag sich um diese Seite der Sache die Verwaltung kümmern und die Verantwortung dafür auf sich nehmen, wenn sie das Volksinteresse oft genug dem Herrscherwillen und der Gewinnsucht des Geldsacks unterordnet — das ist deren Sache, und wir wissen nur zu gut, wie eifrig die heutigen Regierungen diese Knechtsdienste für das Kapital zu verrichten bestrebt sind. Aber das Reichsgesundheitsamt, das doch nicht aus Polizisten, sondern aus Aerzten, aus Männern der Wissenschaft besteht, für dies darf nichts Anderes als die wissenschaftliche Erkenntniß und das gesundheitliche Wohl der Bevölkerung maßgebend sein.

Was aber antwortete der Vertreter und Leiter eben dieser Behörde auf die Forderungen der Arbeitervertreter? Während bekannt ist, daß keine Sicherung gegen die Verwendung von Thierhaaren besteht, welche von an Seuchen verendeten deutschen Thieren herrühren, — behauptet er frischweg, daß eine „ernste“ Gefahr nur bei ausländischem Material bestehe. Als ob die Haare von gefallenen deutschen Thieren, wenn sie nicht desinfiziert werden, weniger gefährlich wären, als die von amerikanischen! Während eine Reihe von wissenschaftlichen Faktoren, darunter das Münchner hygienische Institut, längst festgestellt haben, daß eine richtig vorgenommene Entgiftung das Material keineswegs verderbe, — wiederholt der Vertreter des Reichsgesundheitsamtes wiederum die Fabel interessirter Fabrikanten und fürchtet, daß Letztere „konkurrenzunfähig“ würden! Aber wenn auch wirklich die zur Fabrikation verwendeten weißen Roßhaare etwas an ihrer blendenden Farbe verlieren sollten — könnte das irgendwie ins Gewicht fallen gegen Gesundheit und Leben Tausender von Arbeitern und Konjumenten? Wenn die Prosperität eines Gewerbezweiges in der That nur durch unvermeidliche Menschenopfer erhalten werden könnte, dann wäre derselbe wahrlich nicht werth, daß man auch nur einen Finger dafür rührte. Aber dem ist im vorliegenden Falle keineswegs so. Und weiter sind die Konkurrenzbedingungen und die Profitrate der Pinselfabrikanten nicht Sache des Gesundheitsamtes, sondern diese Dinge mag es anderen Leuten überlassen und sich mit der Aufgabe befassen, für welche es eingesetzt ist.

Im Uebrigen hat sich der Vertreter des Reichsgesundheitsamtes am gleichen Tage auch noch bei einer anderen Gelegenheit in einer sehr befremdlichen Weise benommen. Von sozialdemokratischer Seite war als Mittel gegen den Massenbetrug der Lebensmittelfälschung die Veröffentlichung der Fälscher mit Namensangabe empfohlen worden. Naturgemäß müßte eine Gesundheitsbehörde ein solch wirksames Mittel nur freudig begrüßen; falls sie aber etwa durch Anordnungen der Verwaltung an seiner Anwendung gehindert würde, müßte sie jedenfalls das Odium einer solchen Handlungsweise von sich abzuwälzen suchen. Der Direktor des Reichsgesundheitsamtes aber fühlt sich offenbar weit weniger als Arzt und Wissenschaftsmann, denn als einfacher Verwaltungsbeamter des Klassenstaates. Und als solcher findet er natürlich, daß die Namensnennung der Volksvergifter, wie sie in Bayern bereits vielfach erfolgt, „schweren Bedenken unterliegt“.

Die Sozialdemokratie hat einst das Reichsgesundheitsamt mit einer gewissen Hoffnung begrüßt. Wie man sieht, war diese Hoffnung wenig begründet und die dermalige Geschäftsführung des Amtes bildet einen würdigen Bestandtheil des neuesten sozialpolitischen Kurfes!

Politische Stundschau.

Deutschland.

Zur Untersuchung gegen den Kriminal-Kommissar v. Tausch sind Berliner Zeitungen in der Lage, mitzutheilen, daß auf Veranlassung des Oberstaats-Anwalts Drescher die Vernehmung des früheren Ministers des Innern, von Köller, der sich augenblicklich auf seinem Rittergute Cantree befindet, durch das zuständige Amtsgericht veranlaßt worden ist. Die Vernehmung

hängt mit jenen anonymen Briefen zusammen, welche, wie s. Z. bekannt geworden, im vorigen Jahr an das Ministerium des Innern gelangt sind und welche die gefährlichsten Verunglimpungen des Auswärtigen Amtes enthielten. Aus dem Umfange, daß auch der Verteidiger des Strafgefangenen von Lügow, Rechtsanwalt Dr. Lubszynski, in letzter Zeit wiederholt im Ministerium des Innern gesehen wurde, wird die Schlussfolgerung gezogen, daß Herr v. Lügow, den Herr v. Tausch gewissermaßen zu allerhand „Aktionen“ benützt hat, um seine anonymen Briefe gewußt hat. — Unter den in den letzten Tagen vom Untersuchungsrichter, Landgerichtsrath Herr, vernommenen Zeugen befindet sich auch der jetzige Vorsteher der politischen Exekutive, Polizeirath Graf Stillfried-Rattowitz, den Herr v. Tausch von jeher als seinen Rivalen betrachtet haben soll. Erst im Prozeß Leckert wurde — was Eingeweihte längst wußten — weiteren Kreisen bekannt, daß Herr v. Tausch mit vollen Segeln auf den „Polizei-Rath“ lossteuerte. Dies Ziel zu erreichen, hatte Herr v. Tausch den Herrn v. Lügow — u. A. brieflich von Köln aus — beauftragt, für ihn die Kellame-Trommel zu rühren, und, wie ebenfalls im Prozeß Leckert bekannt wurde, den Grafen Stillfried-Rattowitz, der den Plänen des Herrn von Tausch hindernd im Wege zu stehen und die meisten Aussichten zu haben schien, den Posten des damals schwer erkrankten Vorstehers der politischen Exekutive, Polizeirath von Maubrodde, zu erhalten, durch Schmähartikel öffentlich bloßzustellen und so die Beförderung seines Kollegen unmöglich zu machen. Dieser schon durchdachte Plan scheiterte lediglich daran, daß Herr v. Lügow jenes Anstimmeln zurückwies.

In der Restaurationsfrage des Reichstages hat der Vorstand beschloffen, den Vertrag mit dem bisherigen Restaurateur nur bis zum Schluß der Session zu verlängern und für die weitere Zeit die Vergebung der Restauration öffentlich auszuschreiben. Es haben sich auch bereits sechs renommirte Hoteliers aus den Nachbargebieten des Reichstages um die Restauration beworben mit der Erklärung, auf diejenigen Zuschüsse aus der Reichskasse zu verzichten, zu welchen sich der Vorstand gegenüber dem gegenwärtigen Restaurateur neuerlich auf dessen Ansuchen bis zum Ablauf der Session bereit erklärt hat. Diese Zuschüsse bestehen bekanntlich pro Tag und Kellner in der Gewährung von einer Mark Geldvergütung und einer Mark zur Entschädigung für die Verpflegung. Ferner soll dem Restaurateur eine Mark zur Verpflegung der Unterbeamten des Reichstages vergütet werden. Die Unterbeamten bestritten diese Verpflegung bisher aus ihren Mägen gegen eine Schadloshaltung des Restaurateurs von täglich 15 bis 50 Pfg.

Von einem drohenden Bergarbeiter-Ausstand spricht gegenwärtig die bürgerliche Presse. Dieselbe befürchtet, daß zum Frühjahr ein gewaltiger Streik ausbrechen wird, was sie aus einem Artikel des Organs des Bergarbeiterverbandes schließt, der allerdings nur von der Möglichkeit eines solchen Streiks spricht. Das böse Gewissen scheint vielmehr zu dieser Befürchtung beizutragen, als die Ausführungen des Arbeiter-Organs, und zwar nicht ohne Grund. In der „Neuen Zeit“ ist kürzlich nachgewiesen worden, daß beispielsweise im Ruhrrevier die soziale Lage der Bergleute an der Ruhr seit Jahren eine schlechtere geworden ist, obzwar die geschäftliche Konjunktur sich in derselben Zeit gebessert hat. Das Letztere ist ersichtlich aus der Bewegung der Kohlenpreise. An der Düsseldorf- und Essener Börse notirten per Tonne:

	1892	1893	1894	1895	1896
Gas- und Flammkohlen	Mk. 9,75	Mk. 8,08	Mk. 8,30	Mk. 8,40	Mk. 9,75
Fettkohlen	8,50	7,29	7,50	8,—	9,—
Magerkohlen	7,75	7,50	8,—	9,—	13,75
Gastkohlen	11,75	9,76	10,50	10,50	10,50

Es zeigen sich demnach, daß die Kohlenpreise in den letzten vier Jahren durchweg, und zwar theilweise ganz bedeutend gestiegen sind — dank dem Wirken des Rheinisch-Westfälischen Kohlen-Syndikats. Die Arbeitslöhne sind jedoch seit dem Jahre 1893 nahezu konstant geblieben, ja sogar gesunken. Nach den amtlichen Ausweisen verdienten die Ruhrkohlengräber pro Kopf und Schicht:

	1892	1893	1894	1895	1896
	Mk. 3,28	Mk. 3,14	Mk. 3,16	Mk. 3,18	Mk. 3,24

Wenn man nun noch berücksichtigt, daß in der Zeit

von 1892—1896 die durchschnittliche auf den Kopf ...
Belegschaft entfallende Jahresleistung sich um zirka acht
Tonnen gehoben hat, so wird man zugestehen müssen,
daß die Entlohnung der Bergleute des Ruhrkohlengebietes
in den letzten fünf Jahren sich verschlechtert hat. Durch
den großen Anstieg der Bergleute im Jahre 1889 war
der Knappheitslohn gestiegen. Als dann die Preise der
Kohlen 1892 sanken, reduzierten die Grubenbesitzer
die Löhne. Die Vorteile, die der Streik den Berg-
arbeitern gebracht hatte, gingen damit verloren und sind
heute nicht wieder erreicht worden, obgleich die Kohlen-
preise wieder gestiegen sind. In der Hardenschen „Zu-
kunft“ wurde vor Kurzem ausgeführt, daß die Gruben-
besitzer mit den Arbeitern in Verbindung getreten seien,
und erklärt hätten, man wolle die Löhne der Arbeiter
erhöhen, um so einem Konflikt vorzubeugen. Das Organ
der Bergarbeiter bestreitet aber, daß solche Verhandlungen
stattgefunden hätten, und sagt ferner: Die volle Sicher-
heit in der deutschen Montanindustrie ließe sich nur da-
durch herstellen, daß die Herren Papierhaber in richtiger
Erkenntnis der Sachlage ihren Verwaltungsräten anheim
gäben, die gerechten Lohnansprüche der Bergleute, un-
beschadet der Interessen der Aktionäre, zu berücksichtigen.
Man dürfe nicht denken, die Bergarbeiterbewegung sei
heute noch so schwach, um einen Streik zu wagen. Es
sei ein verderblicher Irrtum, wenn man annehme, das
Anwachsen der Bergarbeiterorganisation erhöhe die Un-
sicherheit des Arbeitsmarktes. Das Gegenteil sei der
Fall. Gerade die undisziplinierte Masse sei eine ständige
Gefahr für die Volkswirtschaft. In vorkommenden Fällen
würde es die Bergarbeiterorganisation an Solidarität
nicht fehlen lassen; sie werde in Zeiten der Bewegung
das Rückgrat für sie bilden. Der Bergarbeiterverband
werde fortgesetzt Mitglieder werden, um ohne Streik und
ohne Gewaltmaßregeln die Wünsche und Forderungen
der Bergarbeiter durchsetzen zu können. Für die Unter-
nehmer aber sei es hohe Zeit, Einkehr zu halten. Man
dürfe nicht auf seine Macht pochen, denn vor dem ver-
zweifelten Ingrimm der undisziplinierten Bergarbeiter
schließe auch nicht die stärkste Koalition der Grubenunter-
nehmer.

Kein Radfahrerprozess. Nach der „Düsseldorfer Bürger-
zeitung“ haben wir seiner Zeit mitgeteilt, daß ein von
der Direktion des Oberbiller Stahlwerkes plötzlich
entlassener Arbeiter Anzeige gegen das Werk gemacht
habe, weil es nach seiner Meinung die für verschiedene
Staaten gelieferten Eisenbahnrad-Bandagen, die bei der
Abnahme zurückgewiesen waren, nachträglich wieder unter-
schoben habe. Jetzt wird der „Frankfurter Zeitung“ ge-
meldet, das Strafverfahren gegen das Oberbiller Stahl-
werk sei eingestellt worden. Wie der erste Staats-
anwalt mittheilt, hat die Untersuchung ergeben, daß aller-
dings Verstöße gegen die den Verträgen des Werkes mit
der Eisenbahnbehörde zu Grunde liegenden Lieferungs-
bedingungen vorgekommen sind, daß aber eine beabsichtigte
vermögensrechtliche Schädigung des Eisenbahnfiskus nicht
anzunehmen sei. (!!!!!) Der Herr Staatsanwalt be-
ruht sich dafür auch auf die Ansicht der kgl. Eisenbahn-
direktion.

Administrative Verschickung nach Kamerun? Die
Spekulanten, welche mit Hilfe der deutschen Staatsgewalt
den Negern das Land geraubt haben, brauchen jetzt
Arbeiter, um die Wäldchen in Goldquellen zu ver-
wandeln. Sie brauchen weiße, zivilisierte Arbeiter, weil
die Neger noch immer verflucht wenig Verständnis zeigen
für den Segen der kapitalistischen Ausbeutung. Da aber
freie Arbeiter unter jenen mörderischen Naturbedingungen
nicht zu haben sind, auch nicht entsprechend bezahlt werden
können, so braucht man Sklaven. Soweit ist man
aber in Deutschland noch nicht in der Zivilisation, selbst
in Berlin nicht, daß man ungestört auf den Straßen der
Stadt eine Sklavenjagd abhalten könnte — höchstens
gibt es eine Menschenjagd, wenn eine Arbeitslosen-
Versammlung aufgelöst wird, oder wenn ein Betrunkener
einen Wachtposten ärgert, oder wenn ein verhungertes
Schulterjunge ein angefaultes Würstchen stiehlt. So
muß man denn nach anderen Mitteln fassen, wie man
die deutschen Brüder als lebendige Waare nach Afrika
einschifft. Und ein solches Mittel ist die Deportation
von Verbrechern, nach Afrika. Dester und jüdring-
licher denn je ertönen jetzt verartige menschenfreundliche
Verlangen aus den deutschen Kolonialkreisen. Aber selbst-
verständlich läßt sich dieser Wunsch nicht ohne spezielles
Gesetz, also die Einwilligung des Reichstages, erfüllen.
Wird sich nun der Reichstag bis zu dieser Höhe kapitalis-
tischer Nächstenliebe aufschwingen können? Das erscheint
fraglich und verurtheilt den christlichen, urgermanischen
Aposteln der kolonialen Menschenjagderei viel Kopf-
zerbrechen. Jetzt aber glauben sie, das Räthsel gelöst zu
haben, wie man, mit Umgehung des Reichstages,
die Deportation zu Stande bringen kann. Herr Professor
Dr. Bornhof hat jenseit eine Schrift über die Depor-
tation veröffentlicht, in welcher er folgende juristische
Deduktionen anstellt: Der Strafvollzug ist durch das
Gesetz nicht auf das Inland beschränkt, folglich können
die vollziehenden Gewalten nach ihrem Gutdünken die
Sträflinge, statt sie in den inländischen Gefängnissen
unterzubringen, nach Afrika verschicken! Die Straf-
linge werden einfach in überseeische Strafanstalten ver-
bracht.“ Das ist ein Verfahren, welches sich der russi-
schen Verbannung auf administrativem Wege
würdig anreihet! Wer also im Herzen Deutschlands sich
eine Strafe zuzieht, wobei nicht einmal politische
Bergehen eine Ausnahme machen, könnte danach ohne
weiteres nach Kamerun oder Südwest-Afrika verschickt
werden! Ein Haken bleibt freilich dabei auch vom koloni-
alen Standpunkte aus bestehen: fründe es auch der

Regierung frei, die deutschen Sträflinge in Kameruner
Gefängnissen unterzubringen, so haben die Kolonialunter-
nehmer doch keinen Vortheil davon, solange die Gefange-
nen nicht zu Arbeiten außerhalb der Gefängnisse
gezwungen werden. Aber hierin Wandel zu schaffen,
wäre nicht mehr so schwer, ist es einmal gelungen, die
Deportation selbst zu Stande zu bringen.

Frankreich.

Die französischen Sozialisten haben die wichtigste
ihrer bisherigen Tageszeitungen: die „Petite Republique“
verloren. Differenzen zwischen Redaktion und Eigen-
thümern haben endgültig zum Bruch geführt. Da seitens
der Eigentümer nicht die erforderlichen Garantien der
Freiheit für die Redaktion gegeben wurden, so traten
sämmliche Redakteure zurück. Die „Petite Republique“
wird von nun an eine andere Richtung verfolgen. Unsere
Genossen hoffen bald ein selbstständiges Organ gründen
zu können. Wir dächten, der französische Sozialismus
hätte es nicht nötig, sich bei Bourgeois-Aktionären einen
Unterschlupf zu suchen. Und lieber kein Tagesblatt in
Paris, als eins auf Kündigung und in Abhängigkeit von
Bourgeois-Lanternen.

Einem bedeutungsvollen Wahlerfolg hatten unsere
Väter Genossen vorletzten Sonntag wieder zu verzeichnen.
Es handelte sich um Ergänzungswahlen zur Gemeinde-
vertretung. Während unsere Kandidaten bei den gleichen
Wahlen am 3. Mai vorigen Jahres 10001 Stimmen
erhielten, erhielten sie am 17. Januar dieses Jahres
11035 Stimmen. Trotz aller Aufbegehren, Förderung
durch die Regierung, Pfaffenbeeinflussung, Geldspenden,
Anstacheln des Chauvinismus macht der Sozialismus
im industriellen Nord-Frankreich unaufhaltbare Fort-
schritte.

England.

Der Anarchisten-Spektakel, den die internationale
Polizei zur Vorseier der Ankunft des Zaren in Paris
in Scene zu setzen für gut befunden hat, ist, wie sich das
von vornherein von selbst verstand, im Sande verlaufen.
Vor den Londoner Geschworenen stand in diesen Tagen
der Anarchist Bell, der nach seiner in Antwerpen er-
folgten Verhaftung an England ausgeliefert worden war.
Wie jetzt aus London gemeldet wird, zog der General-
Staatsanwalt die Anklage zurück, da nicht erwiesen sei,
daß Bell von der Niederlage von Explosivstoffen in dem
Hause in Antwerpen Kenntniß gehabt habe. Hierauf er-
folgte die Freisprechung des Angeklagten.

Rußland.

Der „Vorwärts“ hat von Petersburg folgende Mit-
theilung erhalten: Zum 1. Januar erwarteten die Peters-
burger Weber und Spinner die Einführung des im
Sommer während des Streiks versprochenen 12stündigen
Arbeitstages. Da das Versprechen nicht erfüllt wurde,
stellten am 2. (14.) Januar Nachmittags die Arbeiter
der zwei Fabriken von Maywell in der Zahl von 5000
Mann die Arbeit ein. Es wird ein Streik auch auf den
anderen Fabriken erwartet. Der Verein für den Kampf
um die Befreiung der arbeitenden Klasse.

Deutscher Reichstag.

(Original-Bericht des „Lübener Volksboten“.)

Berlin, 21. Januar.

158. Sitzung.

Präsident v. Buel eröffnet die Sitzung um 1 Uhr.
Am Bundesrathstische: Graf v. Posadowsky.
Die Verathung des Etats des Reichschatzamts wird
fortgesetzt.

Hilpert (Z.): Durch die gestrige Rede des Grafen von Posadowsky über die Ablehnung des Quebrachzollens sind die Hoffnungen Tausender vernichtet worden. Die Erklärung wird Enttäuschung, ja Erbitterung in den beteiligten Kreisen hervorgerufen. Dennoch gebe ich nicht alle Hoffnung auf, daß die Sache von Neuem geprüft wird. Vielleicht macht Preußen noch einmal seinen Einfluß im Bundesrath geltend. Hoffentlich kommt es zur Einführung des Zolles nach 7 Jahren, wenn die Handelsverträge abgelaufen sein werden. Daß die Resolution des Reichstages vielleicht etwas zu weit ging, gebe ich dem Staatssekretär zu. Er wüßte aber genau, wie diese Resolution gemeint war, daß sie kein Gesetzentwurf sein sollte. Der Herr Staatssekretär hat sich viel zu sehr an den Wortlaut gehalten. Die deutschen Schälwaldungen können noch sehr gefördert werden. Es handelt sich aber besonders um den Schutz der alten guten Lederindustrie gegen die neue. Die Lederindustrie sollte sich jetzt gegen die Quebrachindustrie energisch wehren und durch eine Schutzmarke den Schuhmachern das mit Lohgegerbte Leder kenntlich machen. (Beifall im Centrum und rechts.)

Gerstenberger (Z.) spricht sich in dem gleichen Sinne wie der Wortführer aus. Wenn der Bundesrath ein bairischer gewesen wäre, so hätte er wohl dem Quebrachzoll zugestimmt. Die Ablehnung werde in der landlichen Bevölkerung große Mißbilligung hervorrufen, bei ihr würde sich der Gedanke festsetzen, daß die Industrie wieder einmal der Landwirtschaft vorgezogen worden sei.

Hilpert (bair. Bauernb.) beklagt ebenfalls die Erklärung des Staatssekretärs. Die Lohgerbereien seien stark geschädigt. Wollte die Reichsregierung den Bauernstand monarchisch gesinnt und staats-erhaltend erhalten, so muß sie andere Bahnen einschlagen und den Zirkus verlassen.

Hilpert (Z.): Es hat lange gedauert, bis der Bundesrath den einzig richtigen Beschluß gefaßt hat. Ich hoffe, die gründliche Erörterung seitens des Staatssekretärs wird der Lederindustrie nun auf längere Zeit Ruhe schaffen. Besonders gefreut hat es mich, daß für den Bundesrath wirtschaftspolitische Gründe bei der Ablehnung des Quebrachzollens maßgebend gewesen sind. Gerade kleine Gerbereien, denen es als Lohgerbereien schlecht ging, sind durch die Quebrachgerbereien wieder auf einen grünen Zweig gekommen. Neue Zehntel aller Gerbereien haben sich gegen die Einführung des Quebrachzollens ausgesprochen. Der Export der deutschen Leder- wie der Schuhindustrie ist in den letzten Jahren bedeutend gestiegen. Redner polemisiert gegen den Abg. v. Stumm und macht diesen darauf aufmerksam, daß auf dem deutschen Handelsstage von 250 Vertretern nur 4 für den Quebrachzoll gestimmt haben. Von einer Solidarität der deutschen Industrie mit den Eichenhäutwaldbesitzern könne also keine Rede sein. Auch die Konjunktur, besonders die Arbeiter, würden durch die Vertheuerung des Schuhwerkes durch den Quebrachzoll schwer geschädigt. (Bravol links.)

Schafsekretär Graf Posadowsky: Ich erkenne die An-
führungen der beiden ersten Redner vollkommen an, trotzdem bleiben die Gründe des Bundesrathes bestehen. Der Bundesrath kann den Wünschen der deutschen Schälwaldbesitzer nicht nachkommen. Wird auf Quebrachholz in Blöden ein Zoll gelegt, so wird Quebrachholzextrakt eingeführt werden, der 80 pZt. Gerbstoff enthält. Wie werden in Desterreich, England oder Frankreich veranlassen können, in einen Zoll auf Extrakt zu willigen, dessen zollfreie Einführung ihnen die Handelsverträge garantieren. Und selbst wenn es gelingt, die Staaten hierzu zu veranlassen, so würde die Folge nur sein, daß an Stelle der ausländischen Gerbstoffe mit Quebrachholz gegebtes Leder eingeführt würde. Die Schutzzölle auf Leder sind aber während der Zeit der Handelsverträge nicht zu erhöhen. So lange die Handelsverträge also bestehen, würde ein Zoll auf Quebrachholz ein Schlag ins Wasser sein. Wenn die Handelsverträge aber abgelaufen sind, wird die Frage von Neuem auf das Gerüst geprüft werden.

v. Salisch (R.): Die Ausführungen des Schafsekretärs haben mich davon überzeugt, daß der Bundesrath sich festgelegt hat und gegenwärtig auf einen Zoll auf Quebrachholz nicht zu rechnen ist. Der letzte Satz des Schafsekretärs hat mich sympathisch berührt; wir hoffen, daß die Frage nach Ablauf der Handelsverträge im entgegenkommenden Sinne geprüft werden wird.

Beckh (Zp.) polemisiert gegen die Agrarier und verteidigt die Lederindustrie.

v. Stumm (R.) erklärt, er könne auf die Abstimmung des deutschen Handelsstages kein großes Gewicht legen, denn dieser bestehe aus Vertretern der Handelskammern und diese wählten nur die Interessen des Handels, nicht die der Industrie.

Dr. Barth ist davon überzeugt, daß die Technik sehr rasch einen Erfolg finden würde, wenn die Quebrachwälder erschöpft wären; also auch dann würde den Eichenhäutwaldbesitzern nicht geholfen sein. Mit seinem letzten Satze sei der Schafsekretär den Agrariern sehr weit entgegengekommen. Herr v. Salisch habe ihn sofort so verstanden, als wenn es nun sicher sei, daß nach Ablauf der Handelsverträge sofort der Quebrachzoll kommen werde.

Hilpert (Bauernb.) erwidert auf die Angriffe des Abg. Beckh, der allerdings in Folge seines Umganges mit den jüdischen Hosenhändlern Nürnbergs mehr vom Hosen zu verstehen glaube, als er. Er, Redner, werde sich in Zukunft dem Abg. Beckh gegenüber nicht so benehmen, wie sich dieser ihm gegenüber immer benehme. (Lachen links.)

Schafsekretär Graf Posadowsky: Es ist doch selbstver-
ständlich, daß wir die Frage der Besteuerung ausländischer Gerbstoffe, wenn sich die große Mehrheit des Hauses im Interesse eines Zweiges der landwirtschaftlichen Produktion dafür ausgesprochen hat, auf das Ernstlichste prüfen werden, sobald wir die Urne frei haben. (Bravol rechts.) Die Handelsverträge laufen im Jahre 1904 ab; es ist klar, daß neue Handelsverträge nicht eine einfache Abschrift der alten sein können. (Bravol rechts.) Wir sind bei den Zollvertragsverhandlungen insofern im Nachtheil, als unser Tarif nicht so spezialisiert ist, wie der der Nachbarländer. Auch wir werden die neuen Verhandlungen auf Grund eines neuen viel spezialisierteren autonomen Tarifs führen müssen. (Beif. Bravol rechts.)

Beckh (Zp.) stellt sich dem Abg. Hilpert als Eichenhäutwaldbesitzer vor, der von der Landwirtschaft mehr verleihe, als Herr Hilpert von der Wursterei. Er sei aber trotzdem gegen den Quebrachzoll.

Bruno (R.) Herr Beckh ist in der glücklichen Lage, Eichenhäutwaldbesitzer zu sein. Ich bin in der unglücklichen Lage, Eichenhäutwaldbesitzer zu sein. Ich bekomme jetzt nur Markfäden, wo ich früher Goldstücke bekam. Es giebt heutzutage billige Schuhe, aber sie sind auch schlecht. Ein bayerisches Sprichwort lautet: Sie werden gemacht zum Verkaufen, aber nicht drum rumzulassen. (Große Heiterkeit.)

Graf von Kanitz (R.) bezweifelt, daß sich 1903 eine Mehrheit für die Fortsetzung der Handelsverträge finden werde. Man werde bis dahin viel gelernt haben. Er meinte, es liege eine ernsthafte Gefahr vor, wenn die für das Militär gelieferten Stiefel mit Quebrach gegebte werden sollten. Er wolle nicht, daß das mit Quebrach gegebte Leder billiger sei, als das mit Lohgegerbte Leder.

Dr. Barth (Zp.): Es sei durchaus unrichtig, daß das mit Quebrach gegebte Leder weniger haltbar sei, als anderes Leder. Er habe zwar zu diesem Reichstage das Vertrauen, daß er auch jetzt noch den Handelsverträgen zustimmen werde. Zu entscheiden habe aber ein nächster Reichstag, wahrscheinlich der nächste Reichstag. Er glaube, die Mehrheit des nächsten Reichstages werde sich nicht in einen Zollkrieg mit der ganzen Welt verwickeln. Er wünsche, daß die Maßparole lauten möge: Für oder wider die Handelsverträge. (Lebhafte Beifall links. Rufe rechts: Wir auch! Wir auch!)

Herr v. Stumm (R.) hält das Quebrachleder für schlechter als das Lohleder. Herr Barth solle bedenken, daß viele Mitglieder des Hauses nur aus Konsequenz der früher abgeschlossenen Verträge für den russischen Handelsvertrag gestimmt haben. Von einer Mehrheit für die Handelsverträge könne also nicht gut die Rede sein.

Wollenbühr (S.): Wenn die Regierung auf die Einführung des Quebrachzollens eingegangen wäre, so wäre eine vollständige Vernichtung der neu entwickelten Lederindustrie die Folge gewesen. Daß der Herr Staatssekretär die Hoffnung erweckt, vielleicht nach dem Ablauf der Handelsverträge den Zoll einzuführen, kann recht bedenkliche Folgen haben. Möglicherweise werden sich auch die Lederfabriken über die Grenze ziehen, wie es die großen Exportschlachtereien gethan haben, wo sie ungestört vom deutschen Zoll ihr Handwerk treiben können. Ich meine, wir können den technischen Fortschritt nicht hindern, weil Einzelne einen Nachtheil davon haben. Möchte man mit Rücksicht auf das Kleingewerbe das Großgewerbe verhindern, so könnte man auch fragen, warum hat man nicht eher in dieser Richtung gewirkt, warum nicht zu jener Zeit, als das Thomaschladewerfahren eingeführt wurde, welches das Holzleimverfahren in den Hintergrund drängte? Unsere Eisenindustrie, namentlich die kleinen Leute und die Kehler, haben einen großen Nachtheil davon gehabt. Die Eisenindustrie im Siegerland ist fast völlig zu Grunde gegangen. Es ist eigenartig, daß von derselben Seite, die die Eisenindustrie im Siegerland unterdrückt hat, den Siegerländern jetzt empfohlen wird, Eichenhäutwaldbungen zu bauen, als Ersatz für die verlorene Industrie. Ich möchte aber noch eine andere Frage aufwerfen, nämlich, ob es zulässig ist, daß irgend ein Bundesstaat sich andere Einnahmen aus den Zöllen und Verbrauchssteuern macht, als ihm durch die Ueberweisungen zu Theil werden. Befaulich werden aus den Zolleinnahmen auch die Verwaltungskosten bestritten. Die Summen dafür bekommen die Einzelstaaten überwiesen. Der Staat Hamburg hat dafür in den letzten Jahren 3—4 Millionen Mark erhalten, aber diese Summen keineswegs vollständig aufgebracht, sondern jährlich zwischen 50000 und 317000 Mark Ueberflüsse gehabt, und aus diesen in den sechs Jahren von 1889—1894 insgesammt rund 1300000 Mark. Eines Nachweises der an den Beamten wirklich geleisteten Zahlung bedarf es nicht. Nach dem Wortlaut der Vorschrift hat ja Hamburg Recht, aber ich glaube, aus dieser Anweisung geht höchstens hervor, daß man nicht nachweisen braucht, daß die Summen bis auf den letzten Pfennig ausgezahlt sind. Daß aber die Einzelstaaten so große Ueberflüsse aus den Beamtengehältern machten, halte ich für unzulässig. Bei dem Zollanschluß Hamburgs waren eine Reihe preussischer Beamten dahin abkommandirt und erhielten dort nur die niedrigen Sätze der hamburgischen Beamten. Sie behielten sich und der preussische Finanzminister Scholz bewirkte, daß ihnen die vorenthaltenen Beträge nachbezahlt wurden. Der Reichstag hat sehr wohl darüber

zu entscheiden, ob solche Fonds gebildet werden dürfen. Denn mit ihnen können die Staaten allerhand decken, was zu decken nicht reichlich ist. Die Fonds sind also der Kontrolle des Reichstags völlig entzogen. Hierzu tritt ein zweiter Umstand. Die Inhaber von Geschäften, die unter Zollkontrolle arbeiten, haben für die bei ihnen thätigen privaten Beamten die ganzen Durchschnittssätze für die Gehälter dieser Beamten zu zahlen; sie müssen also mehr zahlen, als der Staat für seine Beamten. Dieser macht also ein direktes Geschäft mit den Zöllnern, die er durch diese Beamten erhält. Vielleicht wird eingewendet werden, der Fonds von einer Million sei gebildet worden, um das Dienstalterssystem durchzuführen, aber dagegen spricht, daß der Senat schon zu sammelt anfang, ehe diese Frage überhaupt ventilirt wurde. Auch werden ja nach den vom Bundesrathe erlassenen Vorschriften in den Staaten, in denen das Dienstalterssystem durchgeführt ist, die Höhe von 3 zu 3 Jahren berechnet. Einer Fondsummlung bedarf es also nicht. Ueber die Verwendung des Fonds laufen zudem in Hamburg seltsame Gerüchte um. Für die Beamten ist das Verfahren des Senats von ungeheurer Wirkung. Beschwerden von ihnen hat der Senat in schroffster Weise abgewiesen; ein großer Theil der Beamten ist in ganz erhebliche Noth und Elend gerathen. Ihre Verbitterung ist also begründet. Sie haben es auch wahrhaftig verdient, daß man ihnen für ihren schweren Dienst auszahlte, was von Reichswegen hierfür bewilligt ist. Wie aufreißend ihr Dienst ist, geht daraus hervor, daß innerhalb der letzten 8 Jahre von 600 Beamten mehr als 40 wahnsinnig wurden. Das Reich hat ein Interesse daran, daß diese Beamten nicht in Noth gerathen, denn nothleidende Beamte sind viel eher der Bestechung zugänglich. (Bravo! links.)

Reichschatzsekretär Graf Posadowsky: Die einzelnen Bundesstaaten bekommen ein Pauschquantum. Darüber, wie das Pauschquantum vertheilt wird, steht dem Bundesrathe wie dem Reichstage keinerlei Entscheidung zu. Die Zollbeamten sind Landesbeamten, ich glaube deshalb, daß die Ausführungen des Vorredners nicht zur Kompetenz des Reichstages gehören.

Die Diskussion wird hierauf geschlossen. Von den Resolutionen auf Schaffung einer Behörde für einheitliche Zollentscheidungen wird nur die Resolution Hammacher angenommen, die Resolutionen Lenzmann und Ulrich abgelehnt.

Der Titel „Gehalt des Reichschatzsekretärs“ wird bewilligt, ebenso die laufenden Einnahmen.

Beim Kapitel „Allgemeine Fonds“ und Titel „Deckung der laufenden Ausgaben der Universität Straßburg“ bringt

Dr. Lieber (Z.) die Reibereien zwischen reichsdeutschen und eingeborenen elsaßischen Studenten zur Sprache. Der Rektor habe erst Relegationen gegen eingeborene Studenten ausgesprochen, später aber wieder einen Rückzug angetreten und Relegationen zurücknehmen müsse. Die Vorgänge seien tief bedauerlich. Er könne sich der Meinung nicht verschließen, daß die Behörden gegen die Elsaß-Vorkämpfer in unrichtiger Weise vorgehen. Der elsaßischen Bevölkerung müsse doch jedenfalls jeder Vorwand genommen werden, daß sie glauben könnten, sie werde in ihren Rechten verkannt. Die Gleichberechtigung müsse ihnen nun endlich gewährt werden. Die Mißgriffe höchster Behörden der Universität Straßburg seien auf's Tiefste zu bedauern. Wenn die Straßburger Universität in dieser Weise regiert würde, entfalle für das Zentrum die Frage, ob es den Zutritt aus Reichsmitteln ferner bewilligen solle.

Überregierungsrathe Halle y hebt hervor, daß die Universität durchaus autonom sei und daß die elsaß-vorkämpferige Regierung keinen Einfluß auf sie habe. Die von Vorredner geäußerten Vorwürfe dürften nicht so tragisch genommen werden. Zugegeben sei, daß das Urtheil im Streifsfalle Francois-Martin außerordentlich hart gemessen sei. Leider sei ein Karzer im Universitätsgebäude nicht vorhanden. (Lachen.) Durch die fernere Entwicklung der Angelegenheit sei die Autorität der Universitätsbehörde nicht verletzt worden. Auch dürfe nicht vergessen werden, daß äußere politische Agitationen auf die Studentenchaft gewirkt hätten. Eine Anzahl Studenten hätten zu schieben geglaubt und seien geschoben worden. Das sei eine unwürdige Rolle für Studenten.

Höfel (M.) giebt eine Darstellung des Streitfalles und beurtheilt ihn dahin, daß die Studenten durch einen Theil der Straßburger Presse verhetzt worden seien. Alle Gegner des Duellwessens müßten erklären, daß der Erlaß des Rektors vollberechtigt war. Die Relegation sei durchaus begründet gewesen. Ob die Studenten überhaupt ein Recht hätten, gegen Disziplinarmaßnahmen des Senats zu protestiren, sei eine offene Frage; im Interesse der Autorität sei es jedenfalls besser, wenn es unterbliebe. Schließlich sei die Relegation zurückgenommen worden.

Dr. Lieber (Z.): Für die Vorgänge im Einzelnen und ihre Kritik ist der elsaß-vorkämpferige Landesauschuß die bessere Instanz. Auf die Darstellung des Vorredners gehe ich daher nicht ein. Die Stimmung der eingeborenen Studentenschaft Elsaß-Vorkämpfers gegen Deutschland hat sich eher verschlechtert als gebessert; die Absonderung der jungen Elsaßler sei viel schärfer und einschneidender als früher. Gerade die in Deutschland studirenden Studenten finden es bei ihrer Rückkehr nach der Heimath unerträglich, überall in die alten französischen Fußangeln zu treten, die die Regierung konjunktiv. Ich gebe zu, daß die einheimischen Studenten bei dem Streitfall keine rühmliche Rolle gespielt haben; aber war die Rolle, die der Rektor und der Senat gespielt, etwa rühmlicher?

Die Diskussion wird geschlossen und der Titel bewilligt ebenso der Rest des Etats.

Es wird hierauf zum Extra-Ordinarium des Etats des Reichs-amtes des Innern — Ausgaben — geschritten.

Die ersten Titel werden ohne Debatte bewilligt.

Beim Titel: „Kassen aus Anlaß der Beteiligungen des deutschen Reiches an der Weltausstellung zu Paris im Jahre 1800 (50 000 Mk.)“ theilt

Regierungsrathe Richter die Grundzüge mit, nach denen sich die Beteiligungen Deutschlands an der Ausstellung vollziehen wird. Das Terrain, unvergleichlich im Herzen von Paris gelegen, habe doch den Nachtheil, daß es ziemlich beschränkt sei; es werde noch nicht der Hälfte des Terrains gleichkommen, die die Weltausstellung in Chicago eingenommen hat. Deutschland hat Plätze in sämtlichen 22 Gruppen der Ausstellung bereits angemeldet. Auch wenn sämtliche Plätze bewilligt werden, werden die Plätze unvergleichlich kleiner sein als in Chicago. Daraus folgt, daß nur wirklich ausstellungswürdiges, nur die besten Leistungen ausgestellt werden dürfen. Es würde ein schwerer Fehler sein, wenn man die marktgängigen Artikel zu sehr in den Vordergrund schieben wollte. Der Kampf, den die deutsche Industrie auf der Weltausstellung zu bestehen haben wird, wird außerordentlich schwer sein; nach jeder Richtung hin wird versucht werden, ihr den Erfolg freitrag zu machen. Immer ist es das alte Schlagwort: „Billig und schlecht“, mit dem noch heute gekämpft wird. Wie schwer hat dies Schlagwort die deutsche Industrie geschädigt und wie ungerecht war es schon 1876 in Philadelphia. Jetzt ist es ganz unberechtigt. Wird die deutsche Industrie in Paris günstig beurtheilt, so wird es für sie von großem Vortheil sein; eine Niederlage aber brächte unbeschreiblichen Schaden. Schon hieraus folgt, daß nur das Beste ausgestellt werden darf. (Bravo!)

Dr. Lieber (Z.): Meine Freunde sind bereit, die geforderten Summen für die Beteiligungen Deutschlands an der Weltausstellung in Paris zu bewilligen. Sie ist geboten aus Gründen der äußeren Politik und ist ein ehrenvoller Beweis für die Thatsache, daß die deutsche Industrie sich vor Niemandem in der Welt zu schämen braucht.

Staatssekretär v. Böttcher: Es ist nicht genug anzuerkennen, daß die französischen Ausstellungsbehörden Deutschland so großes Entgegenkommen bewiesen. Frankreich hat es dankbar anerkannt, daß der deutsche Kommissar als erster auf dem Plage war und die deutschen Wünsche kund gethan hat. Deutschland wird auch auf dem beschränkten Raum ein gutes Bild deutscher

Industrie liefern können. Die Platzfrage ist bedauerlich, aber nicht zu ändern. Deutschland wird aber in Bezug auf den Platz gegen andere Nationen nicht zu kurz kommen. Deshalb kann Deutschland getrosten Muthes an die Ausstellung herangehen. (Beifall.)

Die Forderung wird darauf bewilligt für die Untersuchungen zur Erforschung der Maul- und Klauenseuche werden Mk. 35 000 gefordert.

Frank. Baden (M.) fordert schärfere Quarantän Maßregeln. Graf zu Jun. und Knyphausen (M.) befürwortet für versuchte Bezirke die allerstärksten Maßnahmen: Aufhebung aller Märkte, Verbot von Funktionen, Absperrung versuchter Dörfer und Gehöfte. Auch die Milch und die Butter könnten die Seuche übertragen.

Freyen (Z.) hält es für am richtigsten, die Seuche durch Vorsichtsmaßregeln zu verhüten. Sei die Seuche erst ausgebrochen, dann könnten die stärksten Polizeimaßregeln nur wenig nützen. Am meisten versuche sei das dänische Vieh. Man solle die Sperre nach Dänemark durchführen.

Staatssekretär v. Böttcher befreitet, daß die Maul- und Klauenseuche besonders aus Dänemark herübergekommen sei. Nach der Statistik scheine nicht die ausschließliche Schuld der Seuche im Auslande zu liegen, sondern auch im Inlande. Der energischen Bekämpfung der Seuche im Inlande sollen die hier geforderten Mk. 35 000 dienen.

Die Debatte wird hierauf vertagt.

Nächste Sitzung: Freitag, 1 Uhr. Tagesordnung: Stat. beratung.

Schluß 6 Uhr.

Lübeck und Nachbargebiete.

22. Januar.

Achtung! Metallarbeiter! Der Zug von Schlossern, Schmieden, Drehern, Klempnern, Verzinnern, Brennern und sonstigen Hilfsarbeitern nach dem Emailierwerk von Carl Thiel u. Söhne ist streng fernzuhalten. — Alle Arbeiterblätter werden um Abdruck gebeten.

Das Streikkomitee ersucht, bei Zeichnung von Geldern für die streikenden Arbeiter von Thiel u. Söhne nur auf solche Sammellisten zu zeichnen, welche vom Lübecker Gewerkschaftskartell herausgegeben und mit dem Kartellstempel versehen sind.

Der Werkmeister- und Aufseher-Verein, genannt Gewerksverein der Klempner und Metallarbeiter (Hirsch-Dumcker) hat in seiner letzten Mitglieder-Versammlung das Bedürfnis verspürt, die kürzlich von uns veröffentlichte Lohnstatistik ehemaliger, jetzt streikender Thiel'scher Arbeiter zu kritisiren und das Ergebnis der Prüfung durch sein Leit- und Wagenblatt, die „E. Z.“, zu veröffentlichen. Wie aufmerksam die Deutschen unser Blatt gelesen haben, geht daraus hervor, daß sie von den Verdiensten der jetzigen Thiel'schen Arbeiter reden, während wir ausdrücklich bemerkt hatten, daß es sich um ehemalige Arbeiter handelte. Wie unter solchen Umständen die Herren mit dem empfindlichen Gemüthe, die gewillt sind, todesmuthig jeden ihnen angethanen Dorn schmerzhaft süßnehmend dem Kadi anzuzeigen, dazu kommen, mit edler Dreistigkeit uns tendenziöse Entstellungen der statistischen Angaben vorzuwerfen, ist uns einigermaßen unverständlich. Wir rechnen es ihrer angeborenen Unwissenheit zu Gute. Die von uns veröffentlichte Liste umfaßte bekanntlich 279 Personen; die Löhne sind hochgegriffen, die angegebenen Summen übersteigen in Wirklichkeit vielfach den wahren Durchschnittslohn noch um ein Beträchtliches; wir haben aber gerade um jeden Verdacht übertriebener Angaben fernzuhalten, lieber etwas mehr veranschlagt. Wenn nun von Frauen geredet wird mit einem Wochenverdienst von ca. 16 Mk., so ist dies allerdings tendenziöse Entstellung, oder besser, tendenziöses Verschweigen von Thatsachen, die diesen Verdienst in ein etwas anderes Licht stellen. Unter den in unserer Statistik verzeichneten Frauen war keine mit einem höheren Durchschnittslohn als 12 Mk. pro Woche zu verzeichnen. Bei einem Stundenlohn von allerhöchstens 14 Pf. einen Lohn von 16 Mk. zu erzielen, ist eben ein Un Ding, und wenn vielleicht jetzt bei unsinnig beschleunigter Akkordarbeit wirklich einmal eine Frau so an 16 Mk. herausgeschlagen hat, so bedeutet diese Ausnahme keine Regel. Ausnahmen aber als Regel hinstellen — das, verehrte Fleischmannschaft, nennt man tendenziös entstellen.

Der „Generalanzeiger“ giebt in seiner heutigen Freitagsummer seiner Freude darüber Ausdruck, daß insolge nur einmaliger Ausführung der Sonntags-Druckbriefbestellung den Briefträgern die Sonntagsruhe zu gönnen sei. Bedauerlich sei es jedoch, daß der erste Zug von Hamburg (8,58) nicht abgewartet werde. Wir fragen, wie viel Personen soll es wohl in Hamburg geben, die nach 11 Uhr Abends noch so wichtige Geschäftsbriefe zu befördern haben, daß an dieselben unbedingt ein wichtiges Geschäft an den Sonntag Nachmittagen zum Abschluß kommen müßte. Diesen Zug abzuwarten, liegt daher nicht im Bedürfnis. Durch derartige Artikel, wie sie der „Generalanzeiger“ heute Morgen bringt, wird die Sonntagsruhe sowohl im Allgemeinen als auch im Besonderen für die Briefträger nicht gefördert.

Das Lübeckische Adreßbuch für das Jahr 1897, welches im Verlage von Max Schmidt erscheint, ist fertig gestellt und wird ausgegeben. Die saubere, geschmackvolle Ausstattung, welche das Buch schon seit Jahren auszeichnet, ist auch heuer wieder vorzufinden. Das Einwohnerverzeichnis hat sich um 20 Seiten vermehrt. Auch das Verzeichniß der Travemünder Einwohnerzahl fehlt nicht. Für jeden Geschäftsmann ist das Adreßbuch unentbehrlich.

Die Privatfähre bei Travemünde ist in Folge des Eisstandes der Trave bis auf Weiteres für Fuhrwerk passirbar.

Eine öffentliche Kartell-Versammlung tagte gestern Abend im Vereinssaale. Die Abrechnung vom 4. Quartal ergab bei 125,47 Mk. Einnahme und 104,45 Mk. Ausgabe einen Kassen-

bestand von 21,02 Mk. Geprüft wurde, daß die Maler mit ihren Beiträgen sehr im Rückstand seien. — Ein Besuch der Diamantarbeiter Hanau's, für ihren Streik Sammellisten in Umlauf zu setzen, mußte mit Rücksicht auf unsere lokalen Verhältnisse abgelehnt werden. — Eine lange lebhafteste Debatte entspann sich über den Antrag der Gewerbegerichtsbeisitzer um Bewilligung von 8—10 Mk. behufs Anschaffung einiger Gesellschafsammlungen. Die Diskussion drehte sich im Wesentlichen um die Möglichkeit und Zweckmäßigkeit der Errichtung eines Auskunfts-bureaus nach Muster des Nürnberger Arbeitersekretariats. Beschlossen wurde, die Frage in den einzelnen Gewerkschaften eingehend zu erörtern.

Wegen Unterschlagung wurde der Kommiss eines größeren Kolonialwaaren-Geschäfts verhaftet. Der junge Mann hat nach und nach ca. 4000 Mk. veruntreut.

Strafkammer I. Sitzung vom 20. Januar. Wegen fahrlässiger Tödtung hatte sich der Thierheilkundige Heinrich B. aus Ahrensbödt zu verantworten. Die Beweisaufnahme ergab Folgendes: Die bei dem Hüner Köhler zu Vorwerk bedienstete Magd Jrmier hatte am 11. J. in Cutin eine Krätzekur ohne Erfolg durchgemacht. Sie unterwarf sich deshalb im Juli einer Kur durch den Angeklagten. Sie wurde über den ganzen Körper eingerieben. Bald aber zeigten sich Magenstörungen sowie allgemeine Krankheitserscheinungen, namentlich Müdigkeit und Lethargie in den Beinen. Von der Dienstherrschaft wurde Dr. Müller aus Ahrensbödt zugezogen, welcher am 11. Juli die Jrmier sah keine Spur von Krätze, wohl aber große Geschwüre an ihrem Körper feststellte. Dr. Müller, dem die Jrmier von ihrer Behandlung durch den Angeklagten erzählte, krieg gleich der Verdacht einer Arsenvergiftung auf und er veranlaßte deshalb die sofortige Ueberführung der Jrmier in das Hospital zu Cutin. Dort wurde die Jrmier am 12. Juli unterzucht. Man fand ihren Körper mit großen Geschwüren bedeckt. Schon am 14. Juli starb die Jrmier. Die chemische Untersuchung verschiedener Leichentheile ergab das Vorhandensein von Arsenik in sehr geringen Spuren. Später wurde noch die vom Angeklagten zur Einreibung benutzte Flüssigkeit sowie der benutzte Leinwandlappen untersucht und wurde eine mit Pottasche versetzte Arsenlösung ermittelt. Wghitus Dr. Riedel kam auf Grund der Krankheitserscheinungen und des Ergebnisses der chemischen Untersuchung zu dem Schluß, daß der Tod der Jrmier durch Arsenvergiftung erfolgt sei. Die Behandlungsweise der Jrmier durch den Angeklagten sei nach dem Gutachten des Wghitus wohl geeignet, den Tod der sonst gesunden Jrmier herbeizuführen. Der Staatsanwalt beantragte 8 Monate Gefängniß. Das Gericht verurtheilte den Angeklagten zu 1 Jahr Gefängniß. — Wegen Diebstahls von 10 Mark wurde der wiederholt vorbestrafte Arbeiter D. genannt H. zu 3 Monaten Gefängniß verurtheilt. — Wegen Betrug und Diebstahls wurde der wiederholt vorbestrafte Arbeiter M. aus Süfel zu 3 Monaten Gefängniß verurtheilt. M. vermietete sich am 29. September auf 1 Jahr bei dem Bauernvogt H. in Glesendorf und erhielt dabei 3 Mk. Handgeld. Seinen Dienst trat er nicht an, vielmehr vermietete er sich Anfang Oktober bei dem Pächter Harms in Sülbersdorfer Mühle. Dort erhielt er 2 Mk. Handgeld, trat aber den Dienst ebenfalls nicht an. Am Nachmittag des 29. September lockte er auf jenem Wege durch Verhöhnung einen Hund an sich und verkaufte denselben bald darauf in Cutin für 3 Mk. Wegen aller dieser Vergehen erhielt er die obige Strafe. — Die Nacht zum 13. Dezember v. J. verbrachte der Arbeiter B. in einem zu der Gastwirtschaft „Schützenhof“ gehörigen Schauer. Zum Zubeden brauchte er einen Fußbord, einen Fußlad und einen Reisemantel, welche Sachen er von einem auf dem Schützenhofe stehenden Wagen genommen hatte. Im andern Morgen nahm er den Reisemantel mit sich und verkaufte ihn für 5 Mk. an einen andern Arbeiter. B. wurde zu 1 Jahr 3 Monaten Zuchthaus verurtheilt, unter Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf 3 Jahre und Zulässigkeit von Polizeiaufsicht.

Hamburg. Zum Streik der Hafenarbeiter und Seelente. Der Arbeitgeber-Verband hielt gestern Nachmittag eine Versammlung ab, in der angeblich einstimmig beschlossen ward, folgende Erwiderung der Kommission der Arbeiter zugehen zu lassen:

An die Kommission der Arbeiter
H. des Herrn Döring,

Hamburg.
Der Arbeitgeber-Verband hat von seinen Vertretern den Bericht über die am Sonnabend mit Ihnen gehabte Besprechung erhalten. Aus den Besprechungen ging hervor, daß die Arbeiter auch heute noch Vertrauen weder zu den am 18. Dezember vom Senat gemachten Eröffnungen, noch zu den ihnen Sonnabend Seitens der diesseitiger Vertreter in bündigster Form gegebenen Erklärungen haben, daß sofort nach Wiederaufnahme der Arbeit unter den Bedingungen, und wie sie zur Zeit noch im Hafen ist, eine gründliche Untersuchung und thunlichst Abstellung der etwa vorhandenen Mängel herbeigeführt werden solle.

Der Arbeitgeber-Verband hat berechtigte Hoffnung, daß auch heute noch der Senat bereit ist, auf Ersuchen beider Parteien die Leitung der Verhandlungen durch einige seiner Mitglieder zu überwachen, wodurch der Arbeitern volle Garantie für Unparteilichkeit gegeben wird.

Die Arbeitgeber haben den Arbeitern Entgegenkommen bewiesen, obgleich die Schwierigkeiten im Hafen größtentheils überwunden sind und täglich mehr schwinden, hauptsächlich, um den alten Arbeitern den Wiedereintritt in die noch offenen Stellen zu ermöglichen. Sie hoffen, daß sie in der Lage sein werden, auch neben den neu eingestellten Arbeitern eine größere Zahl alter Arbeiter wieder zu beschäftigen, wenn sie nicht durch die Verlängerung des Streiks zur Heranziehung weiterer neuer Arbeiter gezwungen werden.

Da Sie auf Entlassung der neuen Arbeiter bestehen und die Arbeit nicht eher wieder aufnehmen wollen, als bis Sie durch Verhandlungen KonzeSSIONen Seitens der Arbeitgeber erzwungen haben, so besteht im Arbeitgeber-Verband ungetheiltes Einverständnis darüber, daß auf dieser Grundlage ein Ausgleich nicht möglich ist.

Hochachtungsvoll
Arbeitgeber-Verband Hamburg-Altona
(gez.) Herrn. Blohm, Vorsitzender.

Die Herren wollen den Frieden auf ehrlicher Grundlage, der allein Dauer versprechen würde also nicht. — Ueber den Judienfahrer, der im Hafen polizeilich isolirt worden ist, brachte das Wolff'sche Bureau am Mittwoch folgende Mittheilungen: Das aus Kalkutta hier eingetroffene Segelschiff „Birrie“ ist, weil an Bord mehrere Kranke signalisirt waren, in den Panjabafen zur Quarantäne gegangen. Wie nunmehr amtlich festgestellt ist, verließ das Schiff bereits am 27. September v. J. Kalkutta, zu einer Zeit, wo dort keine Krankheit herrschte, Der Steuermann ist, wie konstattirt wurde, an Schwindsucht gestorben; die sonstigen Erkrankten an Bord beschränkten sich auf eine durch Ueberanstrengung hervorgerufene Erschöpfung. Nach weiteren Mittheilungen hat die Section des verstorbenen Steuermanns bestätigt, daß derselbe einem Lungenleiden erlegen ist. Die übrigen 8 Erkrankten leiden zum Theil an Storbub oder Peri-Peri und sind alle in der Genesung begriffen. Die Erkrankung dürfte durch den andauernden Genuß von Schiffstrost und Pötelstreich verursacht sein.

Peri-Peri ist eine orientalische Infektionskrankheit, die unter Umständen in wenigen Stunden tödtlich verläuft. Das Gerücht, das sich bei den Erkrankten auf dem „Birrie“ um eine viel gefährlichere Krankheit als Storbub handele, hat also zum Theil das richtige getroffen.

Hamburg. An alle Zeitungen Deutschlands ist folgender Aufruf gerichtet worden:

Mit Spannung verfolgt unser Volk die Verhandlungen, die zur Zeit in Hamburg zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern stattfinden. Der Kampf hat sich längerem schon zu der prinzipiellen Frage zugespitzt, ob derartige Streitigkeiten bis zur Niederwerfung des einen Theils durchgeköpft, oder ob sie durch schiedsrichterliche und einigungsamtliche Thätigkeit beendet werden sollen; bei den jetzigen Verhandlungen handelt es sich darum, ob die Arbeiter, bevor über die Einzelheiten der aufgestellten Forderungen auch nur in Berathung getreten wird, die Arbeit wieder aufnehmen sollen. In dieser Lage macht sich die Besorgnis geltend, daß die Verhandlung über die Frage, ob verhandelt werden soll, sich solange hinziehe, bis der Arbeiterschaft die Mittel zur Fortsetzung des Kampfes ausgehen und sie dann nicht nur zur Wiederanfnahme der Arbeit, sondern zu einer bedingungslosen Unterwerfung gezwungen ist. Ein derartiger Sieg des Unterwerfungsprinzips würde eine bedauerliche Verschärfung für alle in Zukunft auftauchenden Streitigkeiten zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern bedeuten.

Der Moment ist gekommen, wo die weiten Kreise unseres Volkes, die am eigentlichen Kampf nicht theilhaftig sind, um der Idee willen, die hier zum Austrag gebracht werden soll, eingreifen müssen. Soll der in Hamburg noch immer währende Kampf zu einem Abschluß gelangen, der den Gelehen der Gerechtigkeit entspricht, so muß eine thatkräftige Sympathie des deutschen Volkes

denjenigen Theil der kämpfenden unterstützen, der ohne diese Unterstützung kampfunfähig werden würde. Wir greifen nicht in den Kampf, um den Streikenden zu einem Triumph zu verhelfen, wir wollen nur erwirken, daß die jetzt stattfindenden Verhandlungen, wie auf der einen, so auch auf der anderen Seite ohne den Druck drohender Noth geführt werden. Nicht also von irgend einem Parteistandpunkte aus, ganz gewiß nicht in einer Regung der Verbitterung gegen die Arbeitgeber, lediglich in dem Drange nach einem endlichen Zutritt zu anderen Anschauungen über Recht und Billigkeit

fordern wir jeden im Volke, Männer und Frauen, die hochgestellt und den schlichten Bürger, Reich und weniger Vermittelte, auf, durch eine, ihren Mitteln entsprechende, energische Gabe an die Streikenden für einen baldigen Frieden im Volke zu wirken.

Jetzt heißt es: entschlossen, rasch und energisch handeln. Alle Zeitungen, ob sie eine direkte Aufforderung erhielten oder nicht, sind gebeten, ihren Lesern von diesem Aufruf Kenntniß zu geben und Beiträge in Empfang zu nehmen; sind auch gebeten, ihrerseits und so lange es nothwendig ist, immer wieder an das Geben zu erinnern. Die gesammelten Gelder sind, und zwar die ersten Beiträge baldigst, an den Kassensührer C. Schippmann, Hamburg, Schaarhor 7, abzuliefern, wohin auch Einzel-

beiträge gesandt werden können. Für diejenigen, deren Zeitung nicht selbst sammelt, sei „Die Zeit“ genannt: Geschäftsstelle: Berlin S.W., Zimmerstraße 8. Professor Baumgarten, Kiel. M. von Egidy, Berlin. Professor Herlner, Karlsruhe. Dr. Jaström, Charlottenburg. Prof. Lehmann-Holtenberg, Kiel. Dr. Mühlberger, Graßshaim. Pfarrer Naumann, Frankfurt a. M. Graf Reina, Dresden. Professor Ebmies, Hamburg.

Wie die „Zeit“ mittheilt, ist dieses Rundschreiben, das an 2000 Zeitungen verandt wird, von der Post nicht befördert worden, weil das Konvert neben der Adresse noch den Vermerk trug: „Wichtig, Streiksache“.

Kiel. K n a b e n o r d. Im benachbarten Dietrichsdorf wurde seit Mitte des Monats ein dreieinhalb-jähriger Knabe Namens Eduard Verschat vermißt und als ertrunken betrachtet. Jetzt ist im Dietrichsdorfer Seegehe nahe der Swentine im Gebüsch versteckt eine stark mit Blut besetzte Hase gefunden und von der Mutter des Knaben als diejenige bestimmt erkannt worden, die ihr Sohn zuletzt getragen hat. Die behördlichen Nachforschungen waren ohne Resultat.

Unser Freund Lud'n to sin hütigen Wegen, seit 9999 mal dunnerendes Hoch, dat he ganze Hundrat wackelt un dat Fuß Nr. 10 upp'n Kopp to stahn kömmt.

Mehrere Fräun. Lebe Lud'n, Du fast leben, fast ol wat tom Besten geben. Sei es Schinken oder Wurst, oder etwas für den Durst.

Dankagung. Allen Freunden und Bekannten, die den Sarg meines lieben Mannes und unsers lieben Vaters so reich mit Kränzen schmückten, sowie dem Herrn Pastor Reimpell für die trostreichen Worte unsern innigsten Dank Frau Wulf und Kinder.

Meinen werthen Kunden mache ich die Mittheilung, daß die Brodfrau Wulf kein Brod mehr von mir erhält. H. Deutschmann, Arminstr. 2

Holz-Verkauf Am Sonnabend den 23. Januar, Nachmittags 2 Uhr werde ich auf meiner Koppel, genannt Kobint und Bolg,

ca. 30 Eavelingen starkes Buschholz öffentlich meistbietend verkauft bei 8 Wochen Credit. Groß-Parin. G. Dierk.

Ein kl. Haus ist preiswerth zu verkaufen. Näheres Wafenstr. 62.

Ein gut erhaltener Kinderwagen billig zu verkaufen Engelswisch 38, 1. Et.

Eine Petroleum-Maschine billig zu verkaufen. Süßstraße 63.

Billig zu verkaufen. Die Geschichte der Erde. Reijerstraße 46 a.

Schönen Schweizer Bruch-Käse per Pfd. 50 Pfg. Th. Storm, Königsstr. 98.

Fette Speise-Butter per Pfund 80 Pfg., bei Abnahme von 5 Pfund 75 Pfg. (keine Margarine) Th. Storm, Königsstr. 98.

Prima Ochsenfleisch, Pfd. 55 Pfg., Prima Schweinefleisch, Pfd. 55 Pfg., Prima Kalbfleisch, Pfd. 50-60 Pfg.

sowie sämtliche Würstsorten empfiehlt Ernst Müller, Glockengießerstr. 21.

Colonial- und Fettwaaren, Tabak und Cigarren empfiehlt in vorzüglicher Qualität

Wilh. Körner, Reijerstr. 17 a.

Gute Magnum bonum-Kartoffeln 10 Liter 40, 45 und 50 Pfg., auch gute Kochäpfel, Pfd. 10 u. 15 Pfg. empfiehlt

W. Meyer, Ludwigsstr. 45.

Schönen fetten Holländischen Käse Pfd. 50 Pfg. Frommshagen, Mühlenstraße 81.

Laubsäge-Holz per Laube-Meter von Nr. 1 an Vorlagelack und Preisliste über alle Laubsägenarten gratis. G. Schaller & Comp., Koutanz, 3 Markthalle 3.

Bei der Lager-Aufnahme zurückgelehnte Manufacturwaaren und Aussteuer-Artikel sowie sämtliche Winter-Artikel werden erstaunlich billig verkauft. Lübeck. Otto Albers Rohlmarkt 13.

Gr. Inventur- u. Reste-Ausverkauf. Hauskleider-Reste, 6 Metr., von Mk. 1,40 an, bessere Kleider von Mk. 4 an. Einen Posten Corsetts (bessere Qualitäten), größere Weiten wegen Aufgabe zu unerreicht billigen Preisen. Wollwaaren (Unterröcke, Capotten etc.) unterm Einkaufspreis. Schwarze Kleider-Reste (zur Confirmation) besonders billig. Wollgarne, wegen Aufgabe, überaus billig. L. Duve, Gr. Burgstraße 32. Die so sehr beliebten Thee-Schürzen zu 10 Pfg. sind auch im Ausverkauf vorhanden. Rest der halbsideinen Ballstoffe (alle Farben) Robe Mk. 9.

Schuhe u. Stiefel werden nirgends besser und vortheilhafter bezogen als bei 9 A. Drenske Nachf., Johannisstr. 9. Hierorts größte Handlung. Herren-Schaftstiefel Mk. 5,75 Herren-Zugstiefel „ 5,25 Herren-Zug-Schuhe „ 4,50 Herren- u. Damen-Cord-Pantoffel „ 3,35 Damen-Zugstiefel „ 3,50 Damen-Promenadenstiefel „ 2,90 Damen-Zugstiefel „ 1,85, 2, 2,50, 3 Mädchen-Hoch-Snopstiefel „ 3.

Großes Lager Uhren aller Art. Regulatoren von 12 Mk. an Herrenuhren von 7 Mk. an Damen-Remontoir, 10 Steine, von 15 Mk. an Uhren reinigen 1,50 Federn einsetzen 1,50 Uhrgläser 1. Qual. 0,30 Aug. Büttner, Uhrmacher, Süßstraße 32.

Die Schweineschlachterei von W. Strehfeldt 73 Glockengießerstraße 73 empfiehlt:

Frische Flohmen, Pfd. 50 Pf. Schweinefleisch Pfd. 50 Pf. Carbonade Pfd. 60 Pf. Hammelfleisch Pfd. 50 Pf. Gansfleisch Pfd. 50 Pf. Prima Schmalz Pfd. 60 Pf. Braten-Schmalz Pfd. 30 Pf. Kopf und Bein Pfd. 25 Pf. Geräucherter Speck Pfd. 55 Pf. Gekochte Mettwurst Pfd. 60 Pf. Geräuch. Mettwurst Pfd. 70 Pf.

Keines Flohmen-Schmalz Pfd. 60 und 70 Pfg. Braten-Schmalz Pfd. 30 Pfg. empfiehlt Aug. Scheere, Holstenstr. 27.

Die beste Meiereibutter kostet von heute an das Pfd. nur 1,10 Mk., fr. Bauernbutter Pfd. 90 Pfg. Heinr. Wischendorf, Königsstr. 88.

Kranken- u. Sterbe-Kasse „Amicitia“. (E. S. Nr. 18.) Am Sonnabend den 23. Januar Abends 8 1/2 Uhr

General-Versammlung im Vereinshaus, Johannisstr. 50. Tages-Ordnung: 1. Abrechnung vom verfloßenen Halbjahr. 2. Wahl. 3. Statutenänderung. 4. Bepflegung betr. Frauen-Sterbefasse. 5. Verschiedenes. Um zahlreiches Erscheinen ersucht Der Vorstand.

Caffeehaus, Moisling. Sonntag den 24. Januar Gr. Kappen-Fest mit Tanzmusik. A. Schreiber.

Socialdem. Verein Vorwerk. Am Montag den 25. Januar Stiftungsfest mit Familienabend und Commerc

unter Mitwirkung des Gesangsvereins Freiheit im Lokale des Herrn Weiss, Wilhelmshöhe. Anfang 7 1/2 Uhr Abends. Eintritt frei. Hierzu sind Genossen und Genossinnen freundlichst eingeladen. Der Vorstand. Die Festrede wird vom Genossen L. Bartels gehalten.

Quartett-Verein „Amicitia“. In dem am Sonnabend den 23. Januar stattfindenden Jünger-Commerc in Dausshahn's Concerthaus werden die sozialen Mitglieder freundlichst eingeladen.

Masken-Ball am Fastnachtmontag den 1. März im Colosseum. Der Vorstand.

Circus Variété Sonnabend den 23. Januar. Letztes Auftreten von Ernesty, Griffith Reade Geschw. Hoffmann. Sonntag zwei Vorstellungen. 5 neue Debuts.

Stadttheater in Lübeck. Sonnabend den 23. Januar: 68. Abonnem.-Vorst. 2. Abthlg.: Gelb. 26. Vorstellung zu halben Preisen. Anfang 7 Uhr.

Boccaccio. Sonntag den 24. Januar. Nachm. 4 Uhr: Erste Vorstellung im Lessing-Theater. Halbe Preise. Minna von Barnhelm. Abends 7 Uhr. Außer Abonnement. Gewöhnliche Opernpreise.

3. Gastspiel der Prima ballerina und Balletmeisterin Fr. Paula Tagliani. Größter Erfolg! Größter Erfolg! Zum 3. Male: Phantasien im Bremer Rathskeller. Phantastisches Tanzbild frei nach W. Hauff von E. Graeb. Vorher:

Das Nachtlager zu Granada. Lessing-Gyclus. In 4 Sonntag-Nachmittag-Vorstellungen werden Lessing's Dramen: Minna von Barnhelm Nathan der Weise Emilia Galotti Miß Sarah Sampson in einen Gyclus vereinigt zur Aufführung gelangen. Es wird ein Abonnement für diesen Gyclus zu folgenden Bedingungen veranstaltet: Ein Platz im 1. Rang für alle 4 Vorstell. Mk. 5 " " " 1. Parquet " " " 4 " " " 2. Rang-Loge " " " 2 " Die Karten sind im Theaterbureau zu haben.

Die großkapitalistische Entwicklung der Industrie (Industrie in Rußland. *)

Von *.

I.

Daß die kapitalistische Produktionsweise die unverkennbare Tendenz hat, den Kleinbetrieb durch die Großindustrie zu verdrängen — dies hat die wirtschaftliche Entwicklung der westeuropäischen Staaten schlagend bewiesen. Dieses Gesetz der kapitalistischen Produktionsweise zeigt sich ganz besonders in Ländern, in welchen der Kapitalismus erst seinen Einzug gehalten hat, so daß man in solchen Ländern den Niedergang des Kleinbetriebs und die Zunahme der Großindustrie gleichsam aus unmittelbarer Anschauung wahrnehmen kann. Ein solches Land, in welchem die Industrie in ihrem ersten Entwicklungsstadium sich befindet und wo die Großindustrie vor unsern Augen die Kleinindustrie verdrängt, stellt sich uns jetzt in Rußland dar. Auf Grund eines amtlichen Werkes über die russische Produktion, das bei Gelegenheit der altrussischen Ausstellung zu Nischni-Nowgorod im russischen Finanzministerium unter der Redaktion von Kowalewski erschienen ist, soll hier der Versuch gemacht werden, diesen wirtschaftlichen Prozeß in Rußland zu veranschaulichen.

Beginnen wir mit der Baumwollindustrie, so betrug im Jahre 1892 die Zahl der Spindeln 4 331 508, die der Webstühle 100 634, so daß die Zahl der Spindeln seit 1879 (3 1/2 Millionen) fast um 25 Prozent, die der Webstühle um 20 Prozent zugenommen hat. Bedenkt man aber, daß in Rußland in vielen Manufakturen die Nachtarbeit stark verbreitet ist, so kann bei der Gegenüberstellung der russischen Baumwollindustrie und anderer Länder annehmen, daß die russische Baumwollindustrie gegenwärtig über 6 1/2 Millionen Spindeln und 200 000 Webstühle verfügt, wobei der russischen Industrie ein ausländisches Arbeitsjahr von 3000 Stunden zu Grunde gelegt ist. Die Zahl der Arbeiter in den Spinnereien und Webereien betrug im Jahre 1892: 224 000 mit einem jährlichen Verdienst von 45 Millionen Rubeln. Es werden gegenwärtig jährlich 10 1/2 Millionen Rubel Gewebe im Werthe von 350 Millionen Rubeln produziert. Es giebt sogar einige Fabriken, welche jährlich für mehr als 10 Millionen Rubel Baumwollfabrikate erzeugen. Durchschnittlich kommen auf jeden Arbeiter gegen 30 Spindeln. Zwar fehlt es an Angaben, aus welchen man die Konzentration der Baumwollindustrie unmittelbar ersehen könnte, bedenkt man aber, daß im Jahre 1843 nur 50 000 Spindeln bestanden, von welchen jede nur 1 Rubel Gewebe erzeugte, so ergibt sich jetzt eine Vergrößerung der Gesamtfabrikation um 30mal, während die Produktionsfähigkeit jeder einzelnen Spindel sich beinahe verdoppelt hat.

Die russischen Leinenmanufakturen zählten im Jahre 1892: 237 522 Spindeln und 11 218 Webstühle, wobei die Zahl der Spindeln in den letzten 12 Jahren um

*) Da in Petersburg jetzt wieder neue Streiks ausgebrochen sind, so halten wir es für es für angebracht, nachstehenden Artikel, der dieser Tage die gut unterrichtete „Sächs. Arbeiterztg.“ brachte, hier zu verbreiten.

beinahe 40 Proz. zugenommen hat. Die Zahl der Arbeiter betrug in demselben Jahre 45 707, oder nur um 30 Proz. mehr als 10 Jahre zuvor, so daß hier eine merkbare Konzentration der Industrie bei gleichzeitiger Abnahme der Arbeiterzahl unverkennbar ist. Die Leistungsfähigkeit jeder Spindel vergrößerte sich ebenfalls in den letzten 12 Jahren.

Die Wollfabriken zählten im Jahre 1892: 581 508 Spindeln und 34 650 Webstühle, so daß seit 1879, als 310 000 Spindeln und 26 000 Webstühle im Betrieb standen, die Zahl der Spindeln sich beinahe verdoppelt, die der Webstühle um ein Drittel zugenommen hat. Die Gesamtzahl der Arbeiter in den Wollwaarenfabriken beträgt 100 000. Die Gesamtproduktion der Wollwaarenfabrikation betrug im Jahre 1884: 98,5 Mill. Rubel, im Jahre 1890: 105,6, im Jahre 1891: 116, im Jahre 1892: 123,4 Mill. Rubel. Auch diese Produktion hat sich in den letzten Jahrzehnten um das Mehrfache vergrößert.

Auf dem Gebiete der chemischen Industrie sind bei der Zündholzfabrikation Daten über die Zahl der Betriebe sowie die entsprechenden Produktionsmengen in den letzten sieben Jahren angegeben, wobei wir ebenfalls eine bedeutende Zunahme des Großbetriebs auf Kosten des Kleinbetriebs konstatieren können. Die folgende Tabelle veranschaulicht diesen Prozeß:

Jahre	Zahl der Fabriken	Produktion in Millionen Stück
1888	278	59 355
1889	312	139 704
1890	290	142 849
1891	271	144 747
1892	255	146 595
1893	220	136 942
1894	212	157 442

Die Zündholzfabrikation ist hauptsächlich in den Gouvernements Nowgorod, Tschernigow, Wjatka, Penza, Kaluga und Njasan konzentriert, die über 60 Proz. der Produktion umfassen. Die Zahl der Arbeiter in den Zündholzfabriken betrug im Jahre 1894: 14 347, wovon 7264 Männer, 5797 Frauen, 693 Knaben und 593 Mädchen waren.

Ueber die Entwicklung der Großproduktion in den übrigen Zweigen der chemischen Industrie fehlen genaue Angaben, in dessen beweist das Wachstum dieser Industrie, daß auch hier die kapitalistische Produktionsweise sich geäußert hat. Im Jahre 1880 hatte die Gesamtproduktion der chemischen Industrie in Rußland einen Werth von 15 437 000 Rubeln, im Jahre 1885 von 18 712 000, im Jahre 1890 von 29 822 000 Rubeln.

Die Knochenfabrikation verdoppelte sich in den letzten fünfzehn Jahren, so daß gegenwärtig 5 Millionen Rubel Knochen zur Bearbeitung gelangen. Im Jahre 1893 zählte man insgesamt 72 Betriebe, welche sich mit dem Sammeln von Lumpen und wichtigem Abwurf beschäftigen, wovon 10 000 Personen ausschließlich Knochen sammelten. Die Zahl der Fabrikarbeiter in diesem Betriebe beträgt 3000, wovon 10 pCt. auf Frauen und Kinder entfallen. Der durchschnittliche Jahresverdienst in diesem Industriezweig beträgt 180 Rubel (380 Mt.)

Die Stearin-, Licht- und Seifenfabrikationen haben gleichfalls eine großkapitalistische Unterlage erhalten. Die großen Stearinfabriken befinden sich in Kasan, St. Peters-

burg und Moskau. Die Zahl der Stearinfabriken in ganz Rußland betrug im Jahre 1890: 11 mit einer Produktion von 10 657 000 Rubeln, im Jahre 1891: 12 mit einer Produktion von 8 771 000, im Jahre 1892: 12 mit einer Produktion von 9 284 000 Rubeln. Die Zahl der Arbeiter betrug im Jahre 1890: 1581, im Jahre 1891: 2723, im Jahre 1892: 2719. Auch die Fabrikation von Wachskerzen gestaltete sich immer mehr zu einer kapitalistischen, wie dies aus folgender Tabelle zu ersehen ist:

Jahr:	Zahl der Fabriken:	Produktion in 1000 Rub.	Werth in 1000 Rubeln
1890	262	235	5464
1891	256	263	6367
1892	236	291	7387

Ebenso gestaltet sich die Seifenfabrikation zu einer großkapitalistischen, wie dies folgende Tabelle lehrt:

Jahr	Zahl d. Fabrik.	Produktionswerth in 1000 Rubeln	Zahl d. Arb.
1890	468	8030	1770
1891	435	7815	1608
1892	445	8308	1762

Die Spiritusindustrie hat die offenbare Tendenz, den Kleinbetrieb durch die großkapitalistische Produktionsweise zu ersetzen. Die durchschnittliche Jahresproduktion per Betrieb betrug im Dezennium 1873/74 bis 1882/83 10310 Wedro und im folgenden Dezennium 1883/84 bis 1892/93 bereits 14450 Wedro.

Die Regierung hat, um der Landwirtschaft zu Hilfe zu kommen, im Jahre 1891 ein Protektionssystem für den Kleinbetrieb eingeführt, indem den Brennereien ein gewisses Prozent der produzierten Menge steuerfrei gegeben wird, welches aber ein um so geringeres ist, je mehr in der betreffenden Fabrik Spiritus gebrannt wird. Aber auch diese Maßregel hat nicht den Prozeß der Verdrängung des Kleinbetriebs durch den Großbetrieb aufhalten können.

Bierbrauereien zählte man im Jahre 1893: 1080, im Jahre 1883 waren es aber 1652. Dabei wurden im Jahre 1883 nur 30 000 000 Wedro, im Jahre 1893 dagegen 31 000 000 Wedro gebraut. Im Jahrzehnt von 1874 bis 1883 war die mittlere Durchschnittszahl der Brauereien 1882, im nächsten Jahrzehnt von 1882 bis 1892 aber nur 1373. Im ersten Jahrzehnt betrug die durchschnittliche Produktion 30 Millionen Wedro, im nächsten Jahrzehnt 28 Millionen Wedro, so daß im ersten Fall auf jede Brauerei im Durchschnitt 16 000 Wedro, im letzteren 20 000 Wedro entfielen.

Der Tabakbau erstreckt sich gegenwärtig durchschnittlich auf 50 000 Djeßjatin, wobei durchschnittlich 4 Millionen Rubel jährlich gewonnen werden. In den Tabakfabriken waren im Jahre 1894: 32 894 Personen beschäftigt, wovon 10 846 Männer, 19 682 Frauen, 1145 Knaben und 1226 Mädchen. Insgesamt waren also 11 986 männliche und 20 908 weibliche Arbeitskräfte, so daß in der Tabakfabrikation auf die Arbeiterinnen 65 Prozent entfielen.

Soziales und Partei-Leben.

Vom Parteitag der rheinischen Sozialdemokratie. Dem Provinzialparteitage, der Sonntag in Essen stattfand, wurde die Theilung der Rheinprovinz in einen nieder- und oberrheinischen Agitationsbezirk beschlossen.

Die Schreiber traten hinter die Pulte und wie eine Maschine ging es weiter.

Volten that sich eisernen Zwang an, er wollte den Leuten, welche seine Miene studirten, nicht zeigen, wie es in ihm aussah.

Volten jen. hatte wieder sein stilles Landhäuschen, eine Stunde von D. entfernt, bezogen.

Sein Sohn, welcher, um sich zu betäuben, die Arbeit von Dreien verrichtete, bedurfte seiner nicht mehr.

Raum befand sich der alte Herr wieder in seiner Ruhe, so wurde er auf sonderbare Weise abermals daraus geschreckt.

Es war gegen Abend, als seine alte Wirthschafterin Dörthe in die Stube trat und meldete, es wäre ein Mann draußen, der den alten Herrn Volten zu sprechen wünsche.

„Wer ist es und was will er deun?“ fragte Volten etwas ungehalten.

„Seinen Namen will er Ihnen selbst nennen und ebenso auch sein Anliegen, welches sehr dringend wäre.“

Das klang sonderbar.

„Na, so laß' den Menschen herein. Vielleicht betrifft es den traurigen Prozeß.“

Gleich darauf ließ Dörthe einen mittelgroßen Mann eintreten und entfernte sich dann wieder.

Der Fremde machte gerade keinen günstigen Eindruck, besonders jetzt in der Dämmerung.

Er war ziemlich armselig, wenn auch nicht zerlumpt gekleidet.

Sein Gesicht war sehr fahl, ein dunkler, noch sehr dünner Stoppelbart umgab das Kinn.

Das Haar war kurz und stand starr in die Höhe, kurz, eine echte Zucht-Haus-Physiognomie.

„Ich habe Ihnen eine wichtige Mittheilung zu machen, Herr Volten,“ begann mit einer gewissen Hast und Scheu, in gedämpftem Ton, der Bursche.

Das Räthsel einer Nacht.

Minimal-Roman. Nach den Aufzeichnungen eines Detektives.

Von Geh. Schöppler-Perasini.

(11. Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten.)

Bei jedem Verhör leugnete sie die That selbst, mochte auch sonst die genauesten Aufschlüsse geben, so daß niemals der Kriminal-Kommissär stutzig wurde.

Diesmal hütete er sich wohl, seine aufstauenden Zweifel dem Amtsrichter mitzutheilen, welcher endlich ein umfangreiches Material in dem Prozesse zusammengetragen hatte, daß die Verurtheilung vor dem in Wäldern ammentretenden Gerichtshofe sicher war.

Hatte er sich das erste Mal eine kleine Schlappe beibringen lassen, wollte er dieses zweite Mal den Fehler durch unerbittliche Strenge und Fleiß im Zusammenhängen der Belastungs-Momente wieder ausgleichen.

Das Schicksal Franziska's war demnach so gut wie entschieden. Und sie wußte dies auch.

Walder hatte im Stillen die weitgehendsten Nachforschungen angestellt, mit wem etwa Anna Burger nach ihrer Rückkehr intim verkehrte.

Ein Kind hatte ihm berichtet, daß es einmal einen Mann über den Gartenzaun in der Dunkelheit springen sah. Der Beschreibung nach war es nicht Volten.

Der Kriminalist befragte diesen sofort im Vertrauen, er überhaupt jemals über den Gartenzaun gestiegen sei.

Verneinte er die Frage, so war ein ernster Punkt gewonnen. Aber leider sagte hierauf Volten:

„Ja, ich stieg einmal in der Dunkelheit über den Gartenzaun, da die Pforte meist versperrt war.“

Auf diesen Punkt war also nichts zu geben.

Anna Burger schien auch, wenigstens öffentlich nicht, Niemanden zu verkehren.

Walder suchte unter Anna's zurückgelassenen Briefschaften, die Möglichkeit eines geheimen Verkehrs zu finden. Vergeblich. Auch war nicht das Geringste geraubt worden.

Es war ein Mord aus Rache oder Eifersucht, so ganz für Franziska passend.

Aber es war sonderbar genug, nachdem Walder, mit Aufwand seines ganzen Scharfsinnes, diese neue Verhaftung herbeigeführt hatte, setzte sich in ihm nun täglich der Zweifel fester.

Sin und wieder zog er auch den im Garten gefundenen dunklen Perlmutterknopf hervor und betrachtete ihn grübelnd.

Das kleine Ding gehörte, wie Franziska's Mädchen ausfragte, zu keinem ihr bekannten Kleidungsstück.

Walder hatte auch die Stiefeln des Kaufmannes gemessen und das Resultat stimmte gar nicht mit demjenigen überein, welches die Fußspuren im Garten ergaben.

War also doch ein fremder Mann eingestiegen? Er dachte an den Vagabunden.

Aber dieser trug in jener Nacht völlig zerfetzte Schuhe an den Füßen.

Der Fall schien sich zu einem der schwersten zu entfalten, welche dem Kriminalisten je unterkamen.

Volten war nicht der Mörder.

Wenn es Franziska auch nicht war, wer dann?

Hier fehlte jeder Anhaltspunkt von Werth.

IX.

Die Freilassung Volten's hatte ebensoviel Sensation im Städtchen erzielt, als es seiner Zeit die Verhaftung that.

Jedermann wußte am nächsten Morgen darum, denn der Zurückgekehrte ließ sofort die Geschäftslokalitäten wieder eröffnen.

Für den Niederrhein, der den Regierungsbezirk Düsseldorf umfaßt, ist Elberfeld, für den Oberrhein, zu dem die vier anderen rheinischen Regierungsbezirke zählen, bestimmte man Köln als Sitz des betreffenden Agitationskomitees. Weiter beschäftigte sich der Parteitag mit den Vorbereitungen zur nächsten Reichstagswahl. Genosse Gerisch, der als Vertreter der Parteileitung anwesend war, hielt ein eingehendes Referat darüber. — Dann kam die leidige Solinger Angelegenheit zur Erörterung. Gerisch stellte folgende Resolution zu Debatte: „Der Parteitag erklärt: Da der Partei gegenüber den Solinger Streitigkeiten alle moralischen Zwangsmittel versagt haben, so geht sie über den Solinger Zwist zur Tagesordnung über und lehnt jede Verantwortung für kommende Solinger Streitigkeiten entschieden ab.“ Nach Begründung der Resolution durch Gerisch und Bekämpfung durch einen Solinger Delegierten (Schumacher) und seine Freunde waren dem Tage ferngeblieben wurde sie in namentlicher Abstimmung mit 34 gegen 33 Stimmen angenommen.

Reichstags-Abgeordneter Friß Herbert in Stettin erklärt im „Vorwärts“ auf die Bemerkungen des Zentralorgans über seine Klage gegen den „Correspondent“ u. A. Folgendes:

Was zunächst die Hauptsache anbetrifft, daß ich überhaupt klage, so geschieht dies nicht aus persönlicher Empfindlichkeit, sondern weil ich im Interesse unserer Partei der Legendenbildung entgegenzutreten muß. Die Stettiner Buchdrucker sind in ihrer Mehrheit so sozialistenfeindlich, daß sie bei der Gewerbeprüfung im letzten Sommer ein Bündnis mit den Hirsch-Dunderschen Gewerksvereinen abgeschlossen hatten, um die Kandidaten des Gewerkschaftskartells zu Fall zu bringen, freilich ohne Erfolg. Die Verleumdung, welche sich jetzt im „Correspondent“ findet, ist nicht zum ersten Mal erschienen, sondern schon vor anderthalb Jahren einmal. Sie ist damals von der kapitalistischen Presse beinahe im ganzen Reich zu einem Verleumdungsfeldzuge gegen mich benutzt worden, aber ich habe mich damals gleichwohl mit einer Berichtigung begnügt. Als jetzt die Beschuldigung ohne alle Veranlassung wiederholt wurde, habe ich mich wiederum mit einer kurzen Berichtigung begnügt, und erst nach einer zweiten Einwendung, aus welcher hervorgeht, daß es sich um eine wohl überlegte Verleumdung handelt, die wiederkehren wird, habe ich eine Klage eingereicht, um dieses Treiben zu beenden. . . Der „Correspondent“ ist auch kein Arbeiterblatt im sozialistischen Sinne; er steht auf keiner anderen Stufe, wie das Organ der Hirsch-Dunderschen Gewerksvereine und in seinen Spalten werden sozialdemokratische Abgeordnete mit Vorliebe angegriffen. Das einzige Organ der Buchdrucker, welches auf sozialdemokratischem Boden steht, ist die in Leipzig erscheinende „Buchdrucker-Wacht.“ Es ist schlimm genug, wenn ein sozialdemokratischer Abgeordneter ein Blatt, das Arbeiterorgan sein will, verklagen muß, aber das ist nicht meine Schuld. Das Bedenkliche des ambulanten Gerichtsstandes bei politischen Prozessen ist mir sehr wohl bekannt. Ich habe aber auch in meiner für die Öffentlichkeit vollständig bedeutungslosen Privatklage die Klage nur deshalb in Stettin angebracht, weil hier sämtliche Zeugen wohnen und dadurch dem Verklagten Kosten erspart werden. Mir liegt nur daran, festzustellen zu sehen, daß die mir gemachten Vorwürfe un wahr sind. Ich bin sofort bereit, die Klage zurückzunehmen, wenn der Redakteur des „Correspondent“ mit mir vor ein unparteiisches Schiedsgericht geht. Friß Herbert.

Er trat bemähe schlechend näher und sah sich dabei ängstlich um.

Den alten Herrn berührte dies nicht gerade angenehm.

Er wich zurück.

Der Andere bemerkte dies.

„Haben Sie nur keine Angst, Herr Volten,“ sagte er, „wenn ich mich so umblicke ist es, weil ich sicher sein will, daß mich Niemand hört und das, was ich zu sagen habe, — verrät.“

„So kommen Sie doch mal zum Ziel! Ist es denn so sehr Schlimmes?“

„Ja. Ich würde keinen Pfennig mehr für mein Leben geben.“

Schon sah ihn der alte Herr an.

„Wer sind Sie denn?“ fragte er.

„Ich heiße Karl Friß und bin Kunstschlosser —“

Volten fuhr auf.

„Friß! Haben Sie nicht vor drei Jahren den Einbruch bei Henze ausgeführt und sind zu drei Jahren Haft verurteilt worden?“

„Ganz recht, das bin ich. Unglück kann der Mensch ja haben. Jetzt komme ich direkt aus dem Zuchthaus.“

Die Situation wurde immer peinlicher.

„Ich begreife nicht, was Sie bei mir zu suchen haben?“ rief Herr Volten.

„Ich wollte Ihnen sagen, daß im Geschäft Ihres Sohnes ein Einbruch ausgeführt werden soll und zwar schon in der zweitnächsten Nacht. Herr Volten junior befaßt sich auch mit Geldgeschäften und man weiß, daß in dem eisernen Schrank stets eine ziemlich große Summe liegt.“

Starr vor Staunen, horchte Volten auf diese Worte.

„Es ist ein Kunstschloß und schwer zu öffnen“, fuhr der Einbrecher fort, „aber mir ist solche Arbeit eine Kleinigkeit.“

„Ja, aber ich verstehe nicht, daß Sie mir dies Alles sagen. Wenn ich meinen Sohn warne —“

„Das ist eben mein Zweck. Ich will den Einbruch

Achtung, Klavierarbeiter! Wegen Lohnreduzierung ist der Zuzug von Klavierarbeitern nach der Fabrik von Gebr. Perzina in Schwerin (Mecklenburg) streng fernzuhalten. Die Ortsverwaltung des Holzarbeiterverbandes. Mainz. In einer Tüncher-, Maler- und Lackiererverammlung wurde auf Grund des in der letzten Zeit gesammelten statistischen Materials beschlossen, im kommenden Frühjahr in eine Lohnbewegung einzutreten; eine Kommission soll einen Lohn tarif ausarbeiten. — Wegen Verletzung des im letzten Herbst vereinbarten Lohn tarifs und Entlassung zweier Gehül fen wurde von einer Küfer versammlung über die Fabrik von H. Scherffius die Sperre verhängt.

Aus Nah und Fern.

„De Geelsucht.“ Das „Hamb. Echo“ berichtet aus Wandsbek: Bei dem polizeiwidrigen Zustande unserer Straßen ist es kein Wunder, wenn der Mensch nasse Füße bekommt und der Schnupfen eine Modekrankheit wird; wohl dem, bei dem sich kein schwierigeres Leiden einstellt. Ein hiesiger biederer Töpfermeister, der sonst eine unverwundliche Natur hat, befand sich jedoch jetzt auch im Hochstadium des Schnupfens, und was das Schlimmste war, er verfärbte sich zusehends immer gelber. Mit bekümmertem Miene nahmen seine schon erwachsene Tochter und seine Frau diese Veränderungen wahr. Sie kannten aber auch die Abneigung des Familienoberhauptes, einen Arzt zu konsultieren. „Wadder hett de Geelsucht“, das stand unumwunden fest. Damit der „Alte“ nichts gewahr wurde, wandte man alles diplomatische Geschick an und bestellte den Arzt so, daß er den „Leiden den“ zu Hause traf. Es fand auch eine eingehende Untersuchung des schwierigen Falles statt. Der Arzt schüttelte bedenklich den Kopf; der Fall lag in der That sehr schwierig und es mußte sich wohl erst bei öfteren Besuchen die Art des Leidens herausstellen. Es wurde zunächst zur „Beruhigung“ ein unschädliches Mittel verschrieben und der Patient ins Bett gepackt. Anderen Tages fand große Wäsche im Haushalte statt; unter Anderem wurden auch die schmutzigen Taschentücher des Patienten einer gründlichen Reinigung unterzogen. Aber was war das? Das Wasser wurde ja ganz gelb davon! Eine Ahnung dämmerte den bekümmerten Frauen auf: „Sull dat woll Wadder sien Geelsucht sien?“ Sofort wurde ein eingehender Versuch mit grüner Seife und Soda vorgenommen, und siehe da, der Patient war nach Verlauf einer Viertelstunde von der „Geelsucht“ befreit. Der eifrige Gebrauch der Taschentücher, welche ihm seine Tochter zu Weihnachten geschenkt hatte, war die Ursache des schwierigen Falles.

Rangard. Der frühere Küraffier Fußbrügge, der sich wegen Landfriedensbruchs eine längere Zuchthausstrafe zugezogen hatte, die er in der hiesigen Anstalt verbüßt, ist nach der „Bommerischen Reichspost“ am 14. d. Mts. durch Kabinettsordre begnadigt und sofort aus der Anstalt nach seiner Heimath entlassen worden.

Nach eines Elephanten. Ein tragischer Vorfall in der Menagerie des Zirkus Sanger bildete den Gegenstand einer amtlichen Verhandlung vor dem Todtenschaengericht in London. Herr Sanger hatte vor zehn Monaten einen Wärter seiner Elephanten Namens Baker wegen grausamer Behandlung der Thiere entlassen müssen. An seiner Stelle wurde ein anderer Wärter, Kilingbad, engagirt. Später nahm Sanger den entlassenen Baker wieder in seine Dienste, gab ihm aber einen anderen Posten, auf dem er mit den Thieren nicht

verhindern. Erlauben Sie mir, daß ich mich auf diesen Stuhl niederlasse, ich bin rasch gelaufen und meine Füße sind an längere Fußtouren nicht mehr gewöhnt. Ich war früher ein ehrlicher Kerl und wer mir gesagt hätte, ich käme noch einmal in's Zuchthaus, den hätte ich auf der Stelle niedergeschlagen. Und doch kam es so. Die alte Geschichte. Ich verdiente viel, weil ich geschäftig war, und dadurch wurde ich leichtsinnig. Das arbeitsame Leben paßte mir nicht mehr. Ich lernte eine schlechte Gesellschaft kennen und eines schönen Tages machte man mir den Vorschlag, einen Hauptstreich auszuführen. Es war der besagte Einbruch bei Henze.

Ich sollte die Kassenchränke öffnen. Der Coup gelang. Wir theilten die Beute und gingen auseinander. Das viele Geld aber machte mich noch leichtsinniger und kurz und gut, eines Morgens holte mich die Kriminalpolizei aus dem Bett. Sie fanden bei mir Brechwertzeuge, Papiergeld, welches von Henze angegebene Nummern trug. Ich bekam drei Jahre Zuchthaus. Meine beiden Kumpane waren entwischt. Es war eine schlimme Zeit da drinnen.

Endlich ging sie zu Ende. Muße zum Nachdenken über das, was nun zu beginnen, hatte ich genug. Ich wollte wieder ein ehrlicher Kerl werden; ich that einen Schwur darauf. Vor acht Tagen kam ich per Schub hierher. Der Bürgermeister schickte mich als gefährlich zum Amtsrichter und als dieser mir die Tage vorlegte, was ich nun beginnen wollte, gab ich ihm die Antwort: „Ich will ein ehrlicher Kerl werden, ein brauchbarer Mensch wie früher. Verhelfen Sie mir zu irgend einer kleinen Anstellung.“

Das geschah dem Manne. Aber er traute der Sache noch nicht recht.

„Ich kann vorläufig gar nichts thun“, sagte er, „bis ich nicht den Beweis habe, daß es Ihnen wirklich ernst ist mit der Besserung, dann ja.“

Damit war ich verabshiedet.

(Fortsetzung folgt.)

in Verührung kam. Vor Kurzem nun betrat Baker den Stall des großen indischen Elephanten „Charlie“, dessen Pflege ihm früher obgelegen hatte, um seinen gerade darin beschäftigten Freund Kilingbad zum Thee abzuholen. Ueber die entsetzliche Szene, die sich darauf abspielte, sagte dieser vor dem Todtenschaengericht Folgendes aus: Als er dem Elephanten eben etwas Heu gegeben und dieser zu fressen angefangen hatte, trat Baker mit den Worten ein: „Kommst Du zum Thee?“ Kaum hatte „Charlie“ die Stimme seines früheren Wärters vernommen, als er wüthend auf ihn zu stürzte und ihn mit seinem Zahn, der den Mann über dem rechten Ohr traf und durch seinen Kopf dran, an die Wand bohrte. Kilingbad schrie auf den Elephanten ein, worauf dieser sofort von seinem Opfer abstand. Der tödlich Verletzte fiel zu Boden und wurde von Kilingbad aus dem Stall getragen. Noch lebend in das nächste Krankenhaus geschafft, starb er dort sehr bald in Folge Zerschmetterung der Hirnschale. Bemerkenswerth ist, daß „Charlie“, der sich seit 31 Jahren im Besitz seines gegenwärtigen Herrn, des Zirkusbesitzers Sanger, befindet, niemals zuvor die geringsten Symptome von Wuth bekundet hat, sondern nach Aussagen sämtlicher Zeugen wegen seines sanften, gelehrigen Charakters bekannt war. Nach Herrn Sangers Aussage blieb auch kein Zweifel, daß es sich bei dem berichteten Wuthausbruch um einen außerordentlichen Fall von Gedächtniß für früher empfangene Mißhandlungen handelt.

Ueber den „Clou“ der nächsten Pariser Ausstellung, die „great attraction“, wie die Engländer sagen würden, die Lockvögel oder Köder, wie man im Deutschen sagen könnte, ist man sich immer noch nicht einig. Aber die Zeit drängt noch nicht; der Untersuchungsausschuß hat sich daher vorläufig damit begnügt, die abenteuerlichsten Pläne von den möglichen zu trennen und letztere in Kategorien zu theilen, mit der Absicht, die Erfinder gleichartiger Ideen zu einem gemeinschaftlichen Werke zu bestimmen. Leider gehören die verworfenen Vorschläge entschieden zu den anziehendsten. So der Plan, einen „Niesenclou“ zu errichten, einen Nagel, dessen Kopf fläche im Umfange von 400 Meter unsere Hemisphäre und dessen Spitze ein Leuchtturm unserer Antipoden darstellen soll. Ferner der Vorschlag einer Aufschneemaschine, durch die ein Erfinder aus Trelles die Menschen auf 1000 Meter in die Lüfte senden wollte, um sie dann wieder sanft herunterfallen zu lassen. Die vorläufig genehmigten Vorschläge enthalten alles und jedes: so ein Telekop, das den Mond ganz in der Nähe zeigt; eine 200 Tonnen schwere Glocke; archaische Nachbildungen von Paris, Karthago, Baucuse und der Grotte von Capri. Riesenfesselballons, die mit 170 Personen bis auf 1000 Meter emporsteigen; ein Fuderfaß für 4000 Hektoliter; große Leucht springbrunnen und Wasserfälle; ein Panorama mit der Krönung des Jaren; ein zweites mit Szenen aus der französischen Geschichte; die Geheimnisse des Ozeans; farbige Nebelbilder auf künstlichen Wolken. Uebrigens ist die Liste der Clous noch nicht abgeschlossen; wer also den göttlichen Clou-Erfindungsdrang in sich verspürt, kann sich noch damit um die Ausstellung verdient machen.

Ein heftiges Erdbeben hat nach einer „Times“-Meldung am 11. d. M. auf der Insel Kischim (Tawilah) im Persischen Meerbusen einen sehr bedeutenden Verlust an Menschenleben verursacht.

Das Weib des Streikenden.

Von Ernst Klaar.

Als ich Dir einst mein heilig Jawort gab, Da wußt' ich wohl, was ich Dir zugeschworen: Dir treu zu sein bis in und über's Grab, Und treu den Kindern, die noch ungeboren. Ich wußt' es wohl, daß Armut' unser Loos Und daß die Noth aus dauernder Gestirte, Doch schien der Opfer keines mir zu groß, Daß ich Dir Weib und Kampfgenossin werde. Und was ich Dir gelobt — ich hielt es tren, Ich hielt's in guten, wie in schlimmen Tagen, Und nie hat mich ergriffen bange Keu', Und nie vernahm Dein Ohr von mir ein Klagen. Ich pflegte Dein und unser' Kindeshaer, Gebrochen nie von Elend, Noth und Kummer, Obwohl mein Loos vielleicht das schwerste war Und selbst die Nächte ohne Ruh' und Schlummer. Und nun, da heiß der Klassenkampf entbrannt, Da bang' die Welt erbebt in Ungemittern Und wilder Schmachtruf geht durch alles Land, Nun sollte ich, das Weib des Volkes, zittern? Nun sollt' ich Dir in den erhob'nen Arm, Der auch für mich kämpft, feig' und muthlos fallen? Und sollt' aus banger Scheu vor Noth und Harm Ich dämpfen Deines Hornes Ueberwallen? Nein, nimmermehr! Ich weiß, ich bin Dein Weib, Ich weiß, ich bin die Mutter Deiner Kinder, Und Dir gehö' ich zu mit Seel' und Leib, Und steht im Kampfe Du — steh' ich dahinter! Nicht nur zur Lust und süßem Tändelspiel Hab' ich mit Dir den Ehebund geschlossen — Wir kämpfen Beide für das große Ziel, Der Noth Geschwister und des Leids Genossen. Und wenn in unserer Stube dunn' und kalt Vor Frost und Hunger unsere Kinder wimmern, Und wenn Verzweiflung mir das Herz untkalt Und alle Hoffnung mir zerschelt in Trümmern — Ertragen will ich, was mir zugebacht: Des Hungers Qual und selbst der Kinder Klagen, Doch daß ich zum Verräther Dich gemacht, Das soll von Deinem Weibe keiner sagen. Als ich Dir einst mein heilig Jawort gab, Da wußt' ich wohl, was ich Dir zugeschworen, Und halten will ich Dir's bis über's Grab, Dir und den Kindern, die ich Dir geboren. Ich will sie wärmen mit dem eignen Leib Und nähren sie mit meinem letzten Bißten, Doch rein sei meine Ehre als Dein Weib, Und rein mein proletarisches Gewissen. (Postillon.)